

Übeker Volksbote.

Organ für die Interessen der verhältnisigen Bevölkerung.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der "Übeker Volksbote" erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 56/58, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mr. 1.60. Monatlich 55 Pfsg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergesparte Zeitung über deren Raum 15 Pfsg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfsg., auswärtige Anzeigen 20 Pfsg. — Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 224.

Sonntag, den 24. September 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Übeker Volksboten“.)

Fünfter Tag.

Vormittagssitzung.

Jena, den 22. September 1905.

Aufz nach 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende Slüger die Verhandlungen.

Der vorliegende Punkt der Tagesordnung ist:

Der politische Massenstreit und die Sozial-

demokratie.

Die hierzu eingehende Resolution Bebel ist bereits mitgeteilt worden. Außerdem liegen noch folgende Anträge vor:

Die Parteigenossen in Düsseldorf beantragen: Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des Proletariats auf die sich in bedeutsicher Weise mehrenden Attentate auf die an und für sich durchaus unzulänglichen Rechte des verläßlichen Volkes. Angefecht dieser Entwicklung weist der Parteitag die Gütererziehung des politischen Massenstreits nicht von der Hand. Er erklärt es für die selbstverständliche Pflicht des Proletariats, im entscheidenden Augenblick alles an alles zu setzen.

Die Parteigenossen Stuttgarts erklären: in der Mästetierfrage auf dem Boden des Beschlusses des Bremer Parteitages und des Amsterdamer Internationalen Kongresses zu stehen. Sie bebauen die von Gewerkschaftsführern auf dem Kölner Gewerkschaftskongress erhaltene Agitation gegen die Ausbreitung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Es erklären ferner, daß sie den anarchistischen Generalstreit entschieden ablehnen; hingegen halten sie die Klassifikation des politischen Massenstreits, der nicht berufen ist, die gewerkschaftliche, politische Organisationsarbeit zu erschüttern, sondern deren eifrigste Verstärkung zur Voraussetzung hat, für durchaus geboten.

Die am 20. August tagende Generalsversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins der Wahlkreise Marburg, Quedlinburg erachtet die Frage des politischen Massenstreits als ein hochwichtiges parteipolitisches Problem und begrüßt deshalb die Verhandlung dieses Punktes auf dem Parteitag in Jena mit besonderer Freude.

Die Parteigenossen des IV. Berliner Wahlkreises beantragen: „Durch die sich immer mehr und mehr verschärfenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit — insbesondere durch die deutale Wahlenreizung der arbeitenden Klasse in den einzelnen Bundesstaaten, wird das Proletariat seines Einflusses in den maßgebenden Körperschaften entzogen und durch die verkehrt Reichspolitik der Regierung und der herrschenden Klassen in eine bittere Notlage gebrängt. Diese Bedingungen müssen auf die Dauer zu einer unabsehbaren Katastrophe führen. Deshalb ist es doppelt notwendig, daß sich das Proletariat über die Form und Waffe des politischen Massenstreits klar wird. Daher empfiehlt der vierte Berliner Reichstagwahlkreis, der Parteitag in Jena möge beschließen: den politischen Massenstreit in allen Wahlvereins- und Parteiveranstaltungen zu diskutieren — um ihn im gegebenen Falle als Abwehr- oder Angriffswaffe bestmöglich in Anwendung bringen zu können.“

Die Parteigenossen von Elberfeld beantragen: Der Parteitag erkennt an, daß der politische Massenstreit in Ländern mit derart hochentwickelter Industrie, wo die Produktion vornehmlich in der Großindustrie beruht, in gemeinschaftlicher Aktion der Partei und Gewerkschaften unter bestimmten Verhältnissen als Angriff- oder Abwehr-Mittel mit Erfolg angewendet werden kann.

Beschlußfaktor ist Bebel. Er führt aus: Es dürfte unter uns wohl einstimmig die Meinung obwalten, daß diese Frage nicht nur auf diesem Parteitag, sondern überhaupt für die Partei eine der wichtigsten ist. In selten ausführlicher Weise haben sich Versammlungen und Schriften in letzter Zeit mit ihr beschäftigt. Und doch dürfte es notwendig sein, noch einmal gründlich zunächst die politische Lage Deutschlands zu betrachten, um zu erklären, wie es kommt, daß wir uns mit einer solchen Frage beschäftigen müssen und erst dann zu sehen, ob die vorhandenen, bisher angewandten Mittel genügen werden, neue Angriffe auf die Rechte des Proletariats abzuwehren.

Die Wahl von 1903 hat wie bei uns hohe Freude, so bei den Gegnern den größten Schreck hervorgerufen, der ihnen noch heute in den Gliedern steckt. Wir aber fragten uns: „Was sollen wir tun?“ Die Frage der Taktik hat uns dann sehr lange in Dresden beschäftigt und nicht geringe Kreise unserer Parteigenossen, auch unser Centralorgan, glauben, daß diese Überlegungen nach außen und vielleicht auch nach innen hin sehr schädlich gewirkt hätten. (Sehr richtig!) Aber was hatten wir in Dresden getan? Mit

der größten Klarheit für Freund und Feind hat der Dresdener Parteitag unsere künstliche Taktik festgelegt. Das war seine große historische Tat, trotz aller Schrecken, die den Verhandlungen anhafteten und kein Geschichtsschreiber der Partei wird an ihnen vorbegehen können. Und dann schuf der Parteitag in Dresden die klare Erkenntnis, daß kein Parteigenosse daran gedacht, wenn Beschlüsse gefaßt wurden, die ihm nicht passen, daraus eine Kabinettssage zu machen. Das hatte wohl auch den ältesten Bülow enttäuscht, denn statt der früheren manchmal liberalisierenden Neigungen jetzt alles darauf anlegte, uns totzureden aus Unmut darüber, daß wir ihm alle seine schönen Hoffnungen und Wünsche zerstört haben. Im Reichstag aber ist das Stimmenverhältnis nach 1903 genau so geblieben, wie es vorher war. Das Resultat hat noch immer zwei Mehrheiten nach rechts und links.

Aber es ist grundsätzlich, wenn Bernstein von der steigenden Ohnmacht des Reichstages spricht. Das traf unter Fürst Bismarck und vielleicht noch unter Caprivi zu. Seitdem hat sich der Reichstag in vielen wichtigen Fragen eine ausschlaggebende Entscheidung verschafft. Freilich einen pro rata Anteil, eine Teilnahme an der Macht entsprechend der Stimmenzahl der Sozialdemokratie können wir nur ausüben, wenn wir unser Programm in die Tasche stecken. Solange eine Partei nicht in der Regierung sitzt, nicht an der Regierung mitwirkt, kann sie gar keinen Machtanteil entsprechend ihrer Stärke erlangen. Ja, verzichten wir auf unsere Ziele, dann feiern könnten wohl die besseren unter uns geheime Oberregierungsräte werden. (Große Heiterkeit.) Paris ist eine Messe wert, die Sozialdemokratie zu gewinnen, ist einige Winkelposten wohl wert. (Sehr gut!) Damit sind alle die kleinen Ausschüsse wohl endgültig befriedigt, als könnten wir jetzt schon Teil an der Regierungsmacht haben.

Dazu kommt, daß der Liberalismus ausichtlos ist bis zur Verzweiflung. Die Klassengesetze haben sich seit 1903 so verschärft, daß im Prinzip der Liberalismus stets mit den Konservativen gegen uns geht, wie der nationalliberalen Partei, der bei den sächsischen Landtagswahlen erklärte, er würde doch lieber gleich für den Konserватiven stimmen. Auf demselben Grunde ruht das Wettspielen aller Parteien mit sozialpolitischen Plänen. Und das auf dem Katholikenfrage das Zentrum zu der Frauenfrage Reden halten ließ, wie wir nicht besser könnten, und über die „Eröberung der Wissenschaft“, wie sie höher Höxter nicht halten könnte, das zeigt, wie gern es mit uns konkurrieren möchte. Dabei würde es im Zentrum selbst eine Mehrheit gegen die Arbeiterschutzgesetze geben, wenn noch der wahre Überzeugung gestimmt würde. Denn alle diese Gesetze verstärken ja nur gegen die agrarischen Interessen der Mehrheit die Auszehrungskraft der Stadt. Weiter sucht sich das Zentrum mit allen Mitteln die Herrschaft über die Kinderseelen zu sichern. Dafür hat es ja die Sympathie der herrschenden Klassen, sodass von allerhöchster Stelle oft so geredet wurde, als hätte man dort Religion, katholisch zu werden. (Heiterkeit) Wenn einmal selbst die Bojanette versagen, so soll noch die Kirche halten.

Aber weiter haben sich auch die Gegenseite im Reichstag verschärft. Früher war der Reichstag ein glatter Boden wie das Hochparadies. Da mußte Ihr stets Wächter der guten alten revolutionären Taktik sein. Heute pfeift der Wind im Reichstage anders. Seit den Soldäpfen hat jedes persönliche Verhältnis zwischen uns und unseren Gegnern im Reichstage aufgehört. Die Abneigung gegen die sozialpolitische Reformarbeit wird bei der Regierung immer größer, mag es ihr auch wirklich schwer sein, sich durch den Wust von Zentrumswillen durchzuarbeiten. Auch der ökonomische Gegeiß ist immer schärfer geworden. Deaken Sie nur an die Stellung des Herrenhauses gegen das Reichstagswahlrecht, gegen das Koalitionsrecht usw., an die Ausweitung der Unteraufzählerverbände, an die Massenauflösungen auch, was mich besonders freut, in Böhmen. Das Klassenbewußtsein der Bourgeoisie zeigt sich dem Klassenbewußtsein der Arbeiter vielfach an Schärfe und Tiefe überlegen. Die kapitalistische Entwicklung geht mit Riesenschritten ihrem Höhepunkt entgegen. Nur die Dummmheit, Unwissenheit und Unerziehung in der Schule, Kirche, Presse, Staat, die allzuviel Arbeiter noch beherrschen, hindern die Arbeiterschaft, ihre wahre Macht zu zeigen. Und die Macht aller aufgeklärten Arbeiterschäfte wäre viel stärker als die ganze Macht der Bourgeoisie. (Sehr wahr!) Diese Klassenmacht der Arbeiter wird nicht genügend gewürdigt, unsere Auflärungsarbeit geht noch vielfach durchaus falsche Bahnen. (Sehr. Zustimmung.)

Wir gehen Situationen entgegen, die notwendig zu Katastrophen führen müssen, wenn nicht die Arbeiterschaft an Kraft, Zahl, Bildung und Einsicht so stark wächst, daß der Bourgeoisie die Lust zu Katastrophen vergeht. (Sehr gut!) Wir arbeiten nicht auf eine Revolution hin, „aber Revolutionen im staatlichen Leben sind nur wie Gewitter in der Natur“, sagt schon Friedrich II. Wenn die Spannung der politischen Atmosphäre zu groß wird, muß es zu Zusammenstößen kommen, und gar so mancher von uns wünscht wohl, daß derartiges über uns käme, damit wir zeigen können, was

wir eigentlich leisten können. (Sehr gut!) Ich bin hoffentlich noch dabei, wenn der Kampf wieder ausgeführt wird. (Sehr. Zustimmung.)

Die Bourgeoisie begreift nicht, wie man ihr Schild, das Schild der Edelsten und Besten, in die Hände der großen plumpen Masse legen kann. Sie verschwendet wie in den schlimmsten Seiten des verfallenden römischen Reichs 50 000 M. zu einem Diner, lauft Minister und hohe Staatsbeamte an und hat bei Hofe mit den Knapp und Ballin mehr Ehrfahrt und leichteren Betritt als die uralten 600-, 700-jährigen Adelsgeschlechter, die älter sind, als die Hohenstaufen selbst. Ja, als ich einmal die Regierung im Reichstag als einen bloßen Verwaltungsausschuß bezeichnete, bestätigte es mir der Staatssekretär v. Bötticher durch ein leichtes „Sehr richtig!“ (Hört, hört!) Jedermann, mag auch die Politik im Interesse der herrschenden Klassen noch so dummkopfisch, so kopslos zu brauchen sein, wie sie ist, agrarisch und kapitalistisch muß sie stets sein. Und dann hört sie das allgemeine Wahlrecht. Darum die unaufhörlichen Beteiligungen und Kreisereien dagegen, gegen den Reichstag. Da entstieg sich die „Reuzig.“ über die Beschlusshemmung des Reichstages, während es doch im blöden behafteten preußischen Landtag genau ebenso ist und dem einstigen Chefredakteur der „Kenzeltzeitung“, Dr. H. Wagner, nachgewiesen wurde, daß er die Diäten bezogen hat, ohne auch nur einmal im Landtag zu sein. (Hört, hört!)

Einst freilich trat die liberale Partei für das allgemeine Wahlrecht im Sinne der Reichsverfassung von 1849 auch für den Landtag ein. Seitdem hat es selbst im Faschingreichstag von 1887 das Wahlrecht des Volkes gekürzt und jedem Wahlrechtsbrauch, der gerade in den Hochburgen der Sozialdemokratie unternommen wurde, seinen Segen gegeben. Ist doch in Hamburg selbst der freie Mann für Mann für den Wahlrechtsraub eingetreten! (Hört! Hört!) Das Zentrum kennt überhaupt keine politischen Prinzipien. In Bayern und Baden arbeitet es für, in Württemberg und Preußen gegen das allgemeine Wahlrecht. Aber die katholische Kirche hat sich wie heute der kapitalistischen, so früher der feudalen und Sklavenwirtschaft angepaßt, und wenn sie künftig sieht, daß sie den Sozialismus nicht mehr aufhalten kann, so wird sie mit der größten Klarheit und Überzeugungskraft, gegen die wir Stümper sind, nachweisen, daß das Programm des Kommunismus eigentlich im Neuen Testament steht. Ganz offen hat aber jetzt die Köln-Vollzettung erklärt, wenn die Sozialdemokratie die Staatsmaschine ohne weiteres zum Stillstand zu bringen drohe, müsse man bei allen Gegenmaßregeln ergreifen. Zwischen aber wird das Proletariat immer zahlreicher, immer mehr die Grundlage unseres Reichtums und unserer Wehrkraft. Und wenn man nun diese Grundlage der Gesellschaftspyramide angreift, so muss es einen so gewaltigen Rückgang geben, daß die Pyramide zusammenfällt. Mag Ihnen vor der Perspektive grauen, sie ist da, da gilt es klar zu sehen, kein Verlust, kein Verluste bringt. (Sehr. Zustimmung.)

Schen Sie doch den wunderbaren Zusammenschluß unserer Freunde, die Ehlauer Landtagswahl, den Reichsverband zur Belästigung der Sozialdemokratie, diese politische Prätorianerhorde, an der alle Parteien bestellt sind. Nun darf man auch den Einfluß unserer Partei, die G-fahr, wie die Bürgerlichen sagen, nicht gering verschlagen. Im Reichstag hat man es nicht gewagt, die freigiebigen Bergarbeiter zu betrügen. Das ist der moralisch Druck des allgemeinen Wahlrechts. Kampfen nicht in Russland die Proletarier so offensiv, wie noch nie das Proletariat gekämpft hat. Wosür? Für einen modernen Staat. In Deutschland hat selbst der Generalmajor v. Liebert erklärt, ein Krieg gegen die Sozialdemokratie sei unmöglich. Unsere ganze Weltpolitik muss deshalb mit Rücksicht auf uns einigerichtet werden. Glaubt Ihr denn nicht, daß die Angst, die die russische Revolution bei unseren Regierenden hergerufen hat, viel tiefer in den Menschen steckt, als sie sich merken lassen. Wissen Sie doch, daß all ihre verkehrte Politik uns Haufen von Material gibt.

Und trotzdem sind wir in der alten Politik mehr in der Defensive als in der Offensive, trotzdem reichen die Mittel der Propaganda zur Abwehr der Attentate auf die Volksrechte nicht aus. Deshalb dürfen wir die Diskussion des Generalstreiks nicht ignorieren, zumal sie immer größeren Umfang annimmt. Der Gewerkschaftskongress in Köln hat leider durch sein Stillen nur Unklarheit über die Frage verbreitet. Die Revolution und ihre Begründung macht den Eindruck, als wolle der Gewerkschaftskongress den Generalstreik überhaupt verbieten. Aber mit Recht sagt v. Elm in einem trefflichen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, daß es besser gewesen wäre, wenn der Gewerkschaftskongress kräftig ausgesprochen hätte, daß die Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Macht voll einzehlen werden, um das Verbrechen eines Raubes am allgemeinen Wahlrecht zu verhindern. Denn sie, ihr Sozialist, ihr Vereinsschutz gingen dabei zuerst verloren. Die Partei könnte darüber lachen. Es wäre ein Privatvergnügen für eine große Zahl von Gruppen, die Polizei an der Nase herumzuführen. Und

wir würden mit der Polizei wölflich spielen wie die Räte mit der Maus. (Heiterkeit und Beifall.)

Was schadet uns schon ein paar Monate Gefängnis? Das wäre eine erblümliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt einschließen ließe. (Lobh. Zustimmung.) die nicht zu erhalten wüsste, warum unsere Genossen in Rückstand mit dem Leben kämpfen. Es wäre ein Schauspiel unerhörter Art, wenn das moderne Proletariat bei seiner hohen materiellen und geistigen Entwicklungsfähigkeit sich nehmen ließe, was alle führen unterdrückten müssen für sich in Anspruch genommen haben, die Staatmacht. Die müssen wir haben, fasse es, was es will. (Lobh. Beifall.)

Da hat nun der Anarchismus, der lebte logische Ausläufer des Individualismus, zuerst den Generalstreit vorgeschlagen. Er will den Staat zwar in Freien lassen, aber die Gesellschaft erobern. (Dr. Friedeberg: Wo steht das?) Dazu komme ich noch. Aber mit Dr. Friedeberg rechte ich in Berlin ab, wo er unbedingt Arbeitshilfe hat und ich hoffe, er soll da verholzt werden, wie nie in seinem Leben. Der anarchistische Generalstreit also macht alles, sorgt die Gesellschaft um, verhindert Kriege, eroberst den Arbeitstag usw. Das logische Ende dieser Ablehnung politischer Kampfmittel ist die Murgewerkschaftler. (Sehr wahr!)

Von den Sozialisten haben sich die internationalen Kongresse seit 1889 unausgesetzt mit dem Generalstreit beschäftigt, durchaus nicht immer ablehnend, sondern indem er stets die Möglichkeit eines politischen Massenstreits für den Fall des Vorhandenseins starker Organisationen zuließ. Durchaus ablehnend zum politischen Massenstreit haben sich nur Robert Schmidt in Amsterdam und Bömelburg in Köln ausgesprochen. So hat Schmidt gesagt, der Generalstreit sei nichts weiter als daß man der Arbeiterschaft die Schlinge um den Hals legt, und der Bourgeoisie zurufe: Sieh zu!

Sehr bebauert habe ich, daß dem Genossen Heine bei der Kritik des Roland-Holstischen Buches in den "Sozial-Monatsheften" die Feder wiederholt ausgeglitten ist. Er schreibt von einer "hochnäigen Art", in der die Genossen u. a. Faust und Bömelburg abgelöst, daß es im besten Fall werlose Narrengeheren sei. Wir haben ja in den letzten Wochen wieder viel über den guten Ton gehört. Aber besonders bedauere ich das gegenüber der Genossen Roland-Holst, einer unermüdlichen, opferfreudigen Agitatorin von bewundernswertem Eifer und bewundernswerten Hingabe an unsere Partei. Heine hat uns die Gefahren des Generalstreits ausgemalt. Ein Freund sagte mir, Heine hätte dem Staatsanwalt vorzügliches Material zu einer Rede geliefert. (Heine ruft: Die sind nicht so dumm, daß sie von mir Material brauchen!) Ich erinnerte dem Freund, die Staatsanwälte sind unsere klügsten Justizbeamten. (Widerspruch Städthagen usw.) Ja, ich glaube allerdings, daß Städthagen viel klüger ist als alle Staatsanwälte. (Große Heiterkeit) Die Staatsanwälte werden also solche Anklagen, wie Heine fürchtet, garnicht erheben. (Heine: Sieht aus wie ein großer Streit bringt dieselben Gefahren mit sich. Wenn der Bergarbeiterstreit sie hat vermeiden können, wird es uns auch gelingen. Und dann vor allem: Es gibt Momente, in denen man überhaupt nicht mehr nach dem Schaden fragen darf. "Nichtwürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre." Und ehrlos ist die Klasse, die sich hundsfötisch behandeln läßt, ohne ihr letztes aufzubieten. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Bei den Manen der Märtyrer der Julirevolution, der Commune und jetzt Russlands sage ich Euch: Wird das deutsche Volk ein paar Wochen hungern können, um seine höchsten Menschenrechte zu verteidigen. (Zulösende Zustimmung.) Was hätte wohl Heine gesagt, als wir in Abenden einstimmig das Wort: gesetzlich stricken. (Heine: Mit Recht!) Dann handeln wir auch das nächste mal mit Recht wieder so (Bravo!), dann wir provozieren nicht, wir verteidigen nur. (Sehr gut!) Aber durch die Heinesche Angstmaterie ein großes Leidet man doch zur den Anarchosozialistischen Vorschub. Wenn uns Heine wenigstens gesagt hätte, was wir statt des Generalstreits tun sollen? (Guru: Kanonen bewilligen!) Dergleichen Guruse sind hier denn doch nicht am Platze.

Seit dem ersten belgischen Generalstreit im Jahre 1893 haben die Generalstreite besonders seit 1902 nicht aufgehört. Gewiß halten wir Sympathie- und Demonstrationstreits für unmöglich. Niemals haben wir unüberlegte Generalstreite ohne Organisation empfohlen. Wir sollen es uns gründlich überlegen, ehe wir einen schweren Kampf mit vielleicht verhängnisvollen Folgen aufnehmen. Wir wollen agitieren und aufklären, daß der Arbeiter nicht alles einzogen muß, wenn es sich um seine Lebensfrage handelt, seine Lebensfrage als Mensch, Familienvater und Staatsbürger. (Beifall.) Wir wollen nicht blindlings in den Massenstreit hineinlaufen, nicht die unorganisierten Massen hineinzuziehen. (Heine: Habt Ihr sie in der Hand?) Der Zwischenruf drückt mir, daß Sie das Gefühl der Massen in diesen Fragen nicht kennen. Was noch fehlt, wollen wir schaffen. (Heine: Sehr richtig!) Jetzt ist es noch nicht genugend da. (Heine: Sehr richtig!) Aber es kann und muß geschaffen werden. Wenn die Presse, nicht nur der Partei, sondern auch die Gewerkschaftspresse ihre Schuldigkeit tut und die Massen aufklärt, dann wird es erreicht werden.

Aber freilich, da schreibt Bringmann, ein Mann in autoritativer Stellung in der Gewerkschaftsbewegung, indem er ein mißverständliches Wort Kautschus aussagt: Der Parlamentarismus sei versumpft, eine Verbesserung ihrer Lage könnten die Arbeiter nur von der Gewerkschaftsbewegung erwarten fürser. Das muß die Arbeiter von der Parteibewegung fernhalten. Und so habe ich denn jüngst, als wir in Hamburg über die Bekämpfung des Wahlrechtsraubs berieteten, zu meinem größten Schreck von den alten Genossen des Gewerkschaftsvertrags gehört, daß die jüngeren Gewerkschaftsführer über die Partei und den sozialdemokratischen Staatsstaat höhnten. Das war außer mir. Auch nach dieser Richtung hin müssen wir aufpassen, denn so wandeln die Gewerkschaften den Weg zum eigenen Untergang. (Zustimmung.)

Man hat gegen den Generalstreit eingewandt, man dürfe den Zeltzugplan nicht vorher verraten. Aber eine Missionärspartei kann nicht heimlich ihre Schlachtreihen formieren. Wir kämpfen nicht um Utopisten, nicht um Zukunftstaatsforderungen, wir kämpfen um reale Rechte und Freiheiten, die Lebensnotwendigkeiten für die Arbeiter sind, wenn sie politisch leben und atmen wollen. Schließlich würde ja beim Entscheidungskampf auch ein Teil der Bürgerschaften wandeln werden. Das ist es leichter Rechte zu-

obern als Rechte verteidigen; denn da erscheinen die Gegner nur als brutale Feinde des Rechts; da muß ihr Treiben die Massenempörung auslösen. In hellen Häusern werden uns auch die fernstehenden Arbeiter zu laufen; selbst die Christlichen, die genau so gegen einen Wahlrechtsraub empört sein werden, wie sie es gegen die Büchsenhausvorlage waren. Schließlich ist doch der Zwang der Verhältnisse stärker als der beste Willen.

Ist es nicht ein geradezu unerhörter Skandal, daß die sozialistische Partei Preußens unter den 432 Abgeordneten des Bundestages nicht einen einzigen hat. (Berntsen ruft: Sehr richtig!) Ja, Berntsen, wir werden uns überlegen müssen, ob wir uns bauend von Junkern, Pfaffen und Bourgeois den Fuß wollen auf den Macken sehen lassen. Vielleicht werden erst Gewaltstrotz, die alles empören, auch diese Frage auf die Tagessordnung setzen. Das Bürgertum ist ja vor 1848 in Preußen viel energetischer für seine politischen Rechte eingetreten als wir. Wir bekommen von Preußen einen Führer über den andern und schwelgen, schweigen, schweigen. (Wiederholung.)

Der Redner wendet sich dann gegen die Friedeberg'sche Agitation. Neuerungen Friedebergs, wie die: "das Proletariat ist ohnmächtig gegen einen Wahlrechtsraub; er würde aber kein Wahlrecht keine Kräfte nachweisen. 99 Proz. der parlamentarischen Tätigkeit gingen die Arbeiter nichts an. Die Sozialdemokratie habe den Massenstandpunkt aufgegeben usw. usw." seien von einem alten, braven, intelligenten Parteigenossen ganz unverständlich. Noch viel unverständiger ist, daß alte Parteigenossen solchen Magazin von Widersprüchen Beifall klatschen. (Zu erklären wäre das so: Wenn unter dem Sozialstengesetz ein Genosse verärgert war, ging er zu Johann West, wurde Anarchist und verkaufte die "Freiheit". Jetzt sind die Volkslisten verärgert, weil sie keine Fortschritte machen, aber daran ist gar nicht die Partei schuld, sondern die einfache Tatsache, daß gegen die zentralistische Macht der Bourgeoisie keine lokale Organisation ausreicht. (Lobh. Zustimmung.)

Aber auf jeden Fall sind deshalb die Volkslisten Anarchosozialisten geworden; eine allzu große Bedeutung lege ich dem nicht bei. Schmidt verglich sie mit den "Jungen", die um 1890 geboren wurden. (Heiterkeit.) Über die kann er so gut sprechen, weil er selbst dazu gehört hat. (Große Heiterkeit) Nun er ist ja wieder in den Schaffall zurückgekehrt (Sturm. Heiterkeit). Ich sage Schaffall natürlich nur im biblischen Sinne, wie ich biblisch auch sage: Im Himmel ist mir Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte. (Heiterkeit.)

■ Jedenfalls haben an der entstandenen Verwirrung auch wir ein gut Teile der Schuld. Die Debatten der letzten Jahre haben statt theoretischer Auflösung Unstetigkeit über alle wichtigsten Grundsätze verbreitet. Wir müssen viel mehr für theoretische Auflösung und Bildung der Parteigenossen kämpfen und wirken. Die Gewerkschaften müssen zwar alle Gewaltsgenossen aufnehmen, aber doch Arbeiterpolitik treiben. Dabei braucht man das ganze Jahr hindurch nicht einmal das Wort Sozialdemokrat auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn dann auch noch unsere Parteipresse mehr als bisher für die Organisation sorgt, können wir im Laufe des Jahres die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Vereine verdoppeln, die Zahl der Gewerkschaftler um 25 Proz., der Orte unserer Organe um mindestens 50 Proz. steigern. Dann haben wir ein Maß von Mitteln und eine so ausgezeichnete Vorausbereitung für die kommenden Kämpfe, wie sie besser nicht gedacht werden können. In diesem Sinne bitte ich Euch, meiner Resolution zuzustimmen. In diesem Sinne wollen wir kämpfen und handeln, bis der Sieg voll und ganz der unsere ist. (Sturm. Langanh. Beifall.)

Der Vorsitzende Singer teilt mit, daß ein Antrag Biegien eingegangen ist, in der Resolution Bebel den Passus über den Generalstreit als eine der wichtigsten Waffen gegen politische Entrichtung zu streichen.

Mittagspause.

Die Diskussion über den Generalstreit, die gestern nachmittag erfolgte, war nach einem telegraphischen Bericht eine außerordentlich lebhafte.

Berntsen hält fest an der Auffassung von dem Zurückgehen der Macht des Parlamentarismus, trotzdem sei das allgemeine Wahlrecht sehr hoch stehend und von grossem politischen und ökonomischen Wert, so daß zu seiner Verteidigung auch das äußerste Mittel anzuwenden sei.

Heine hält den Generalstreit in ablesbarer Zeit für undurchführbar und zu teuer — für das Blut der Arbeiter, die ihre Haut zu Markte tragen müßten. Auch blide der Generalstreit einen Kreis für die Scharfmacher, die darauf ausgehen, das Wahlrecht zu rauben. Kommt die Zeit, dann kommt auch die Tat.

Frohme: Man soll die Taktik nicht festlegen. Nur bei dem Zusammentreffen besonderer Umstände sei der Massenstreit möglich. Jetzt sei Auflösung das einzige Revolutionsmaß.

Robert Schmidt: Zwischen dem politischen Massenstreit und dem anarchischen Generalstreit sei kein Unterschied. Die Situation habe sich seit dem Sozialstengesetz nicht geändert. Wie dort sollte man nicht politischen Selbstmord begreifen, sondern ruhig weiterwühlen.

Barrentin-Berlin: Die Arbeiterschaft an der Hobelbank und am Schraubstock ist für den Generalstreit.

Rosa Luxemburg: Die Ausschreibungen von Heine und Schmidt im Jahre der glorreichen russischen Revolution seien unverständlich; ihre Angst vor Entfesselung der proletarischen Massen seien eine Schande für die Sozialdemokratie. Es sei nicht notwendig, die Massen im Zugel zu halten, wohl aber die parlamentarischen Führer, damit sie die Massen nicht verraten. Sogenannte Sozialdemokraten wollten nicht dulden, daß das Volk endlich für sich sein Blut hingebe. (Die Rede wird von ebenso lebhaftem Beifall, wie Widerspruch und Lachen begleitet.)

Liegert beantragt, in der Resolution Bebel den Passus über den Generalstreit zu streichen, weil er eine Verbeugung vor dem Anarchosozialismus sei. Der Massenstreit sei gleich der Revolution. Wenn er notwendig würde, dann wäre auch der Straßenkampf da; auch die Arbeiter wüßten mit dem Gewehr umzugehen.

Paus: Das Fundament für den Massenstreit: die Organisationen, sei noch zu schwach. Auch die Massen seien noch nicht siegreich gewesen.

Bebel sagt: Der formale Parlamentarismus ist über-

wunden. Freilich würde die Versicherung für einen Sieg der Revolution nicht zu geben sein.

Meiss: Die Drohungen der Kröcher und Olsenburg mit blauen Bohnen müssen beantwortet werden. Die Förderung der Frage des Generalstreits sei ein großer Fortschritt für die Partei und Gewerkschaften.

Davids: Der heutige Rückfall in den Revolutionärismus ist Waffer auf die Mühl der Scharfmacher. Die Sozialdemokratie könnte nur als Mehrheitspartei mit neuen Brüderlichkeit des deutschen Volkes siegen.

Schoeller: Die politische Situation sei gar nicht so verzweigt. Die ganze Diskussion habe keinen ethischen Wert und sei nur geeignet, die Massen zu verwirren.

Stadthoega: Die Gewerkschaften werden immer dynamischer gegen v. "Staatsgewalt", immer abhängiger vom Kapitalismus, darum ist das Studium des Massenstreits notwendig.

Wilm: Wenn der Niederschlag des Proletariats mit dem Wahlrechtsraub bevorstehe, dann werde auch auf die Arbeiter griffen, aber diese müßten erzogen werden, sich zu wehren. Darin seien sich Revisionisten und Radikale einig.

Grimm und Bömelburg empfehlen noch etwas, in der Resolution Bebel den Passus über den Generalstreit zu streichen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Bebel drückt in seinem Schlußwort sein Erstaunen aus über die blaue Welle. Die Partei sei keineswegs auf den Generalstreit festig; man wolle nur prüfen, ob neben den alten Kampfmitteln ein neues notwendig sei. Komme es zur Anwendung, so seien wir zum äußersten gezwungen durch die herrschende Klasse. Eine Revolution, die er unverzüglich anzunehmen titelt, bedeutet: Wölle die Bourgeoisie den Kämpf, so nehmen wir ihn auf.

In einem unentstehlichen Abstimmung wird die Resolution Bebel mit allen gegen 13 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen: David, Fischer, Heine, Kolb, Körster, Vegien, Stubemann, Robert Schmidt, Rauch-Hannover, Gilbersmidt, Wepper, Osnabrück und Busch. Berlin.

Abstimmung: Zustimmung.

Deutschland.

Verdientes Volk! Der geschwätzige Präsident des russischen Minister-Komitees Witte erklärt gegenüber einem Mitarbeiter des "Temps", er glaube, daß durch den Frieden an der allgemeinen politischen Lage Russlands nichts geändert werde. Es sei natürlich, daß eine russisch-deutsche Annäherung bestehen, da Kaiser Wilhelm während des ganzen Krieges bei jeder Gelegenheit bestrebt gewesen sei, Russland keine Verlegenheit zu bereiten und alle Verwicklungen von ihm fern zu halten. Dafür sei ihm Russland dankbar. Dagegen habe die Russen die Haltung eines Teiles der französischen öffentlichen Meinung seit achtzehn Monaten verstimmt, besonders nach den französisch-russischen Kundgebungen, welche in den vorangegangenen Jahren bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit veranstaltet worden seien. Gleichwohl sei in dem Weise der französisch-russischen Beziehungen keine Aenderung eingetreten. Er sage nicht, daß sich die Sympathien verändert hätten, er vermutete nur, daß die russisch-deutschen Sympathien gewachsen seien. Wenn von zwei Größen die eine zunehme und die andere unverändert bleibe, so habe man eben den Eindruck, daß die letztere kleiner werde. Die französisch-russische Allianz entspreche den Interessen beider Völker; an ihr habe sich nichts geändert und dürfe nichts geändert werden! — Es wäre auch ein Jammer sondergleichen gewesen, wenn dem Schöpfer des bekannten Wortes: "Russische Trauer ist deutsche Trauer" nicht die verdiente Anerkennung gesollt worden wäre.

Du bist verrückt, mein Kind . . . ! Die "Post" fordert in einem größeren Artikel einen neuen Strafparagrafen gegen den politischen Generalstreit.

Sehr unangenehm wird von der Königstreuen Presse die definitive Urteilnahme des Kronprinzen zur Zahlung einer Steuer für das Gut empfunden. Man sucht nun einen Sündenbock, den man für die "politischen Wirkungen" dieses Prozesses verantwortlich machen kann. Diesen Sündenbock hat die "französische" "Voss. Blg." im Hofmarschallamt gefunden, daß nach Meinung dieses Blattes alles verantwortlich zu machen ist. — Wer die Schuld an der Sache trägt, ist schuppe! Die Hauptfahre ist, daß ein deutscher Kronprinz verurteilt ist, auch Steuern wie gewöhnliche Steuerliche zu zahlen.

Auf die Aufforderung des Kolonialdirektors Dr. Stübel um nähere Angaben über die Unrichtigkeiten, die von amtlicher Stelle in der Budgetkommission des Reichstags bei Beratung des Staats für Kamerun behauptet worden sein sollen, liegt jetzt in der "Kölnerischen Volkszeitung" die Antwort vor. Jene unrichtigen Angaben bezogen sich auf ein Buch des Konsuls Mens über die Kamerunseebahn noch dem Tschadsee und die Koncession des Kamerunseebahnzentrals. In der Kommissionssitzung habe der Kolonialdirektor erklärt, dieses Buch sei eine rein private Arbeit, während tatsächlich zur Drucklegung des Buches Reichsgelder gegeben worden seien, ohne daß der Reichstag davon Kenntnis bekommen habe. Außerdem habe man außer dem Kamerunseebahnzentrals auch einem Bankenkonsortium die Konzession zur Errichtung der Eisenbahn von Douala nach den Plantingabergen, letztere aber zu größeren Vorteilen, gegeben, als dann habe man das Ende der Konzession des Eisenbahnzentrals nicht abgewartet, vielmehr eine neue, total veränderte Konzession mit erhöhten Lasten für das Reich während der Gültigkeitsdauer der ersten Konzession verliehen. Es wäre die unrichtige Angabe gemacht worden, daß mit dem Syndikat auch über Verleihung von Vergrechten verhandelt wurde und bereits im Dezember 1904 letzteres eine Unfähigkeit zur Ausbringung der Mittel erklärt habe. Die hieraus abgegebenen unrichtigen Angaben seien von wesentlichem Einfluß auf die Stellung der Partei zur Kamerunseebahnvorlage geworden. — Raum ist diese Antwort der Kölnerischen heraus, da wird auch schon mit einer Promesse, die man sonst gar nicht gewohnt ist, eine anschließende offizielle Erklärung in der "Nord. Allg. Blg." losgelassen. In dieser Erklärung wird die ganze Geschichte

geklärt. Freilich würde die Versicherung für einen Sieg der Revolution nicht zu geben sein.

als ein auf Grund lüdenhafter und unrichtiger Informationen errichtetes Gebäude hingestellt. Nur hat der Gewährsmann der "K. B." wieder das Wort!

Es geschehen Beichen und Wunder! Der Oberschleißheim, die "Post" erklärt sich entschieden gegen eine Wehrsteuer. Das wird gewissen Leuten recht unangenehm sein!

Der Colonial-Club wird nach zuverlässigen Meldungen zu Vergina bei parlamentarischen Haßkampagne nicht mehr am Studer sein. Wer sein Nachfolger wird, ist noch nicht bekannt.

Kleine politische Nachrichten. Am 1. Oct der nächsten Tagung des Arbeitervereinigungskongresses wurde Rom gewählt. Im Auftrage des Sultans von Marokko wurde in Tanger die Familie des ehemaligen Ministers G. Meneghi verhaftet; er selbst befindet sich angeblich in Ägypten. — 38 russisch-israelitische Vereine, sowie ein polnischer Verein beschlossen die Inszenierung einer großen Straßendemonstration gegen die Regierung, weil diese eine allzu russenfreudliche Haltung angenommen hat. Allo wird nicht etwa aus Berlin, sondern aus New York gemeldet.

Mecklenburg.

Erbolcht. Der von Petersburg nach Warschau zur Untersuchung der letzten Revolten entsendte Ministerialsekretär Radosty ist im Gefuge erbolcht worden. Der Zugführer und zehn Schaffner wurden verhaftet.

Ausgewiesen. Nach Angaben der persischen Konsuls sind 15000 persische Arbeiter aus Balu ausgewiesen worden. Die Auswaltung einer gleichen Anzahl steht doch bevor. Auch russische und armenische Arbeiter rissen in großer Zahl ab. Die Wiederaufnahme der Arbeiten in den Nippawerken wird wahrscheinlich durch den Mangel an Arbeitern sehr erschwert.

Der tapfere Zar. Die "Ostwobotschaft" erschützt aus angeblich guter Quelle, der Zar solle vor seiner Abreise nach Böbog sich gegenüber seiner Umgebung folgendermaßen geäußert haben: "Ich werbe diesen Juden und Abolaten zeigen, was es heißt, in Kriegszeiten Verrat und innere Unruhe anzustellen." — Na, na!

Eine Bombe wurde gestern im Sächsischen Garten in Warschau geworfen. Einige Personen, darunter auch der Täter, wurden verletzt. Letzterer wurde verhaftet. — Auch in Wasa (Finnland) fand eine Bombenexplosion statt, die jedoch niemand verletzte.

Wibek und Nachbargemeinde.

Sonnabend, den 23. September.

Der Zugang von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist fernzuhalten!

Zugang von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutupper Fischindustrie, von Arbeitern von der Bögeschen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohbau in Lanen.

Einen Stimmenzuwachs von 6000 ist ein verhältnis Rücksprung der Sozialdemokratie! Diese gelungene Entdeckung hat die "Freie deutsche Presse" gemacht und gedankenlos wie gewöhnlich druckt der "Landbote" dieselbe nach. Er sagt jedoch aus eigenem hinz: "Der Lübecker Volksbot" aber schreibt — es geht vorwärts!" Wir sind allerdings bisher der Meinung gewesen, dass ein Stimmenzuwachs von 30 Proz. einen Fortschritt bedeutet, und haben den Wunsch, dass wir auch in anderen Wahlkreisen "verhältnis Rücksprünge" wie in Essen erzielen. Wie man im Zentrumskreis über diese Sache denkt, geht aus folgender Neuzeitung der "Köln. Volksatz" hervor: "Dieser Aufschwung (der Fr. d. Pr.) können wir uns nun freilich noch nicht anschließen. Das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen bleibt auch bei voller Berücksichtigung des Zusages, der den Sozialdemokraten zu gute gekommen ist, noch ernst und bedeutsam genug. Man darf den Erfolg der Sozialdemokratie auch nicht lediglich auf die Gunst äußerer Umstände zurückführen. Zweifellos ist das Essener Wahlergebnis auch der Ausdruck einer tiefsiegenden sozialen Erregung in der Arbeiterschaft. Das ist allerdings kein Wunder, wenn man an die Wirkungen des Bergarbeiterausstandes und der Ausserrung im Baugewerbe, ferner an die Agitation wegen der Fleischsteuer denkt. Auch das Bergarbeitergeschwätz hat die Arbeiter nicht befriedigt; um ihr Vertrauen wiederzugewinnen, wird es, wie an dieser Stelle des Öfteren betont wurde, vor allem einer von Eng-herzigkeit freien und gerechten Handhabung des Gesetzes bedürfen."

Eine öffentliche Arbeiterinnen-Versammlung aller Branchen, in welcher Frau P. Thiede-Berlin über Frauenarbeit und Frauenorganisation spricht, findet Montag abend im Vereinshaus statt. Es ist Pflicht aller organisierten Arbeiter, dafür zu sorgen.

Frdl. Logis für Mann od. Mädchen zu vermieten

Mittelstraße 24a.

Zimmer mit und ohne Pension zu vermieten

W. Utemark, Kl. Burgstraße 25.

Zu vermieten zum 1. Januar II. Etage Nebenhoistraße 8, Kl. 240.

Bu besuchen von 11 Uhr an.

Gesucht ein Klavierspieler für Sonntags. „Tiergarten“.

Zu sofort ein Mädchen welches Ostern die Schule verlassen hat. Näh. C. Storm, Schönkötzener Chaussee. (Gebäude Schönkötzener.)

Gesucht eine Morgenfrau. Näheres in der Expd. d. Kl.

Eine zweischläfige Bettstelle mit Sprungfedermatratze, billig zu verkaufen. Füchtingstraße 25, 2. Et.

Bettstelle, Eckschrank, Bildher zu verkaufen. Näheres Paulstraße 14.

gen, dass ihre erwerbstätigen weiblichen Angehörigen in dieser Versammlung erscheinen. Man hat seine Pflicht als Gewerkschafter noch lange nicht getan, wenn man sich selbst der Organisation angeschlossen hat und für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpft, während auf der anderen Seite die Frau oder die Tochter für einen Hungerlohn täglich 12 bis 11 Stunden in der Haushaltstrie oder 10 Stunden in der Fabrik, Müh- oder Buzstube tätig ist, und um sich einzigermaßen ernähren zu können, schließlich noch abends Arbeit mit nach Hause nehmen müssen. Alle die, welche solchen Zuständen teilnahmslos zusehen, die nicht darfst sorgen, dass diese Arbeiterinnen der Organisation zugeschlagen werden, begehen ein Verbrechen an der Arbeiterklasse wie an ihrer eigenen Familie. Hoffentlich wird dieser kurze Hinweis genügen, damit die Genossen sich nach dieser Richtung hin mehr ihrer Pflicht bewusst werden und mit darfst sorgen, dass auch unsere Arbeiterinnen zu Mitgliedern der Organisation und somit zu tüchtigen Klassenkämpferinnen erzogen werden.

Neuer Schulrat. Der Senat hat den Prognostikdirektor Dr. Gold in Basel zum Schulrat ernannt.

Über Lübecks Warenhandel veröffentlicht die Handelskammer, wie alljährlich, eine Statistik, die uns leider nicht zugeht. Wir sind deshalb auf bürgerliche Blätter angewiesen, welche die Statistik im Auszuge veröffentlichen. Aus derselben seien folgende Zahlen mitgeteilt: Es betrug der Menge nach die seewärtige

	Einfuhr	Ausfuhr	zusammen
im Jahre 1903 . .	537 000 t	328 000 t	865 000 t
im Jahre 1904 . .	521 000 t	353 000 t	874 000 t

und dem Werte nach die seewärtige

	Einfuhr	Ausfuhr	zusammen
Wiss. Mt.	Wiss. Mt.	Wiss. Mt.	Wiss. Mt.
im Jahre 1903 . .	83.01	173.01	256.02
im Jahre 1904 . .	82.31	186.67	268.88

Die Übersichten bemerken zu diesen Ziffern folgendes: Die Einfuhr hat eine Einbuße erlitten sowohl hinsichtlich der Menge als auch des Wertes, dagegen hat die Ausfuhr eine Zunahme aufzuweisen, sodass der Gesamtverkehr sich immerhin noch der Menge nach um etwa 9000 Tonnen und dem Werte nach um etwa 13 Millionen Mark höher als im Jahre 1903 bewirkt. Dieser Aufschwung der Ausfuhr im Jahre 1904 ist nicht eine Sondererscheinung, sondern läuft sich bereits durch eine Reihe von Jahren verfolgen. Namenslich seit der Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals gestaltet sich diese Entwicklung besonders intensiv. Die Mengenziffern der Aus- und Einfuhr, die zwar immer noch nicht unerheblich voneinander differieren, zeigen daher im Jahre 1904 im Verhältnis zu den Vorjahren einen erfreulichen Fortschritt zur Annäherung. Eine erhebliche Zunahme weist die Einfuhr von Holz (etwa 17 400 t weniger als im Vorjahr), Steinkohlen (— 14 300 t), Holzstoff und Bellulose, Kerze, Kleie, Kronleuchter, Delagaten, Weizen und Stale auf. Dagegen ist die Einfuhr von Eisen, Gang- und Rundholz, Spalten und Balken, Holzwaren, Papier, Pappe und Steinen ganz bedeutend gesunken. In der Ausfuhr haben von den hervorragenden Artikeln nur wenige einen Aufgang zu verzeichnen, z. B. raffinierter Zucker, Ed. Stab- und Winkeleis, Mehl, Gips, Baumwolle und Soda, doch hält sich diese Zunahme in bescheidenen Grenzen. Dagegen zeigt die Mehrzahl der anderen Güter erhebliche Zunahmen, unter ihnen besonders Eisenwaren, Steinkohlen, Karosse, Salz, Eisendraht und Bandseilen, Erbsen, Gerbstoffe, Delicate, sowie Schienen und Schwellen. — Mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltariffs resp. der neuen Handelsverträge dürfte Lübecks Handel, und zwar nicht allein die Einfuhr, eine ganz erhebliche Einbuße erleiden, die Schädigung des ganzen Lübecker Erwerbslebens im Gefolge haben wird. Die Errichtung des Hochsenwerks wird den Ausfall im Lübecker Handel gewiss nicht aufwiegen.

Konkursöffnung. Über den Nachlass des am 14. April 1905 verstorbenen Handelslehrers Ferdinand Hais ist am 22. September 1905, nachmittags 5½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Gerichtsschreibergehilfe Uhlers in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Diebstahl-Waschfrau. Eine hiesige Waschfrau wurde wegen Diebstahls von Spiken zur Anzeige gebracht. Gelegenlich einer in ihrer Wohnung vorgenommenen Durchsuchung gab sie die gestohlenen Spiken freiwillig wieder heraus.

Diebstahl-Ausuldigung. Gegen ein 15-jähriges Dienstmädchen von hier, das seinen Dienstherrn wider besseres Wissen eines Vergehens beschuldigte, wurde Anzeige wegen wissentlich falscher Ausuldigung erstattet.

Diebstahl. Gegen einen Werkstattheiter, der einen anderen Arbeiter mittels eines Stahlstocks misshandelte, wurde Anzeige erstattet.

Stöckelsdorf. Vor der Entscheidung. Am Donnerstagabend stand im Kaffeehaus eine öffentliche Gemeindebürgerversammlung statt, in welcher Genossen Stelling-Lübeck die Bedeutung der Landtagswahlen für jeden Gemeindebürgers auseinandersetzte und zur regen Teilnahme an der Wahl aufforderte. Verschiedene Genossen sprachen die Erwähnten gleichfalls zur regen Mitarbeit bei der Agitation für die Wahlen an. — Eine Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes findet am Sonntag im Lokal des Herrn Lange statt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Schwartau. Eine außerordentlich starke Beteiligung zeigte die gestrige Wahlmännerwahl; wählen doch von 296 Wählern 257, das sind 80 Stimmen mehr als im vergangenen Jahre. Hieron sind 50 allein der Sozialdemokratie zu gute gekommen. Das Stimmenverhältnis ist folgendes: W u u k 134, Beider 130, B o s 129, L a m p r e c h t 128, H i n r i c h e n 128; die bürgerlichen Kandidaten sind 111, Böhmker 117, Jade 123, Schleski 121, Tesenius 122. — Wenn auch unsere Wahlmänner nicht mit übergrößer Majorität gewählt worden sind, so ist das Resultat dennoch für unsere bürgerlichen Verhältnisse ein außerordentlich günstiges. Sind doch die Gedungsmänner mit den schmutzigsten Mitteln gegen uns vorgegangen. Man hat die Geschäftskleure mit dem Boykott bedroht; man hat sich auch nicht geschaut, in der "Schwartauer Dorfzeitung" die Lüne-Behauptung aufzustellen, dass bei früheren Wahlen von der Sozialdemokratie Stimmen mit bürgerlichen Namen auf Breitseite gebracht worden sind. Den Beweis zu erbringen ist man selbstverständlich nicht in der Lage. Nun, wir werden nicht zum Stadl laufen, sondern nach dem Sprichwort handeln: "Wer Pech angreift befiebert sich". Ist diesen Wildflecksmenschen doch gestern die beste Antwort gegeben worden.

Malente. Bei der gestrigen Wahl siegte die gemeinsame Liste der Sozialdemokraten und Nationalsozialen. Gewählt wurden: Gärtner Lüth mit 121, Sattler Stecker mit 95, Arbeiter Pöls mit 91 und Maurer Smidt mit 94 Stimmen. Die Agrarier vereinigten nur 29 resp. 27 Stimmen auf ihre Kandidaten.

Malchin. Die Wahlmännerwahl endete mit dem Sieg der gemeinsamen Liste der Sozialdemokraten und Nationalsozialen. Es wurden gewählt Organist A. Schoolmann-Neukirchen mit 33, Maurer H. Dose-Sieversdorf mit 31 und Arbeiter Friedrich Meek ebenfalls mit 31 Stimmen. Außerdem erhielten Stimmen Hufner Blund Sieversdorf (25), Hufner W. Schöning-Sieversdorf (23), Hufner J. Jäger-Neukirchen (23).

Hamburg. Die Posamentierer Hamburgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Es wird um Erhaltung des Zuganges gebeten.

Oldenburg. Bei den Wahlen zu im Landtag erhielt die Liste des Bürgervereins 780 Stimmen, wodurch für die Sozialdemokratische Liste 390 Stimmen abgegeben wurden. — In Delmenhorst siegten im Stadtbezirk die vereinigten Parteien über die Sozialdemokraten mit 150 Stimmen. — In Varel ging die Liste der Sozialdemokraten bis auf einen Wahlmann glatt durch. Stadtschreiter wurde ein Freisinniger gewählt. In Brake, Neuen und Bechtem errangen die bürgerlichen Listen den Sieg. In Ganderkesee siegte die bürgerliche Liste mit 304 Stimmen über unsere Kandidaten, die 303 Stimmen erhielten. Ein Wahlmann der bürgerlichen Liste erhielt auch nur 303 Stimmen, sodass durch Los ein sozialdemokratischer Wahlmann gewählt wurde. Neuenrade: Von 499 in der Liste aufgelisteten Wahlberechtigten stimmten 151 ihre Stimmen für die von der letzten Volksversammlung aufgestellten acht sozialdemokratischen Wahlmänner abgaben. Scharwes: Die Liste des Bürgervereins wurde einstimmig gewählt. Sie erhielt 103 Stimmen. Edele: Gewählt haben 47. Stimmenzettel waren 48 in der Urne. Unsere Liste erhielt 24 Stimmen, die Gegner 6—24. In Ohmstedt siegten die Sozialdemokraten, in Eversten, Wardenberg und Ahnsbach in die Bürgerlichen. In Nordenthal erhielt die sozialdemokratische Liste die große Mehrheit. Dasselbe geschah in Bent und Hennens.

Rechte Nachrichten.

Ösnabrück. Gerüstinsturz. Bei einem Kirchenbau in Olshausen bei Lübeck starb ein Gerüst ein. Der Zimmermeister Windmöller wurde getötet, mehrere Arbeiter wurden verletzt.

Italien. Eine sizilianische Stadt verschüttet. Ein furchtbare Unglücks suchte Sutera bei Caltanissetta heim. Seit einiger Zeit bestand für den die Stadt überragenden Paulsberg infolge von Schmelzlinien die Gefahr eines Bergsturzes. In den Häusern hörte man deutlich wie unterirdischen Donner den Zusammenbruch der Höhlräume. Die Häuser fielen verschrackt auf dem Rechteckweg die Unternehmert an dem Weiterbau der Minen zu verhindern.

Gehe aber der Streit vor Gericht entschieden war, sollte das Unglück hereinbrechen. Donnerstag 3 Uhr nachts setzte sich die Bergmassen in Bewegung und begrub die ersten Häuser des Städchens. Durch das höllmäßige Krachen und Brechen der Bergmassen wurden die Leute geweckt und flüchteten unter Zurücklassung aller ihrer Habe in die Felder. Nach einer Stunde trat ein Stillstand in der Bewegung des Gerölles ein. Diesen Augenblick benutzten die Mülligen zur Rettung ihrer Habe. Um 6 Uhr kamen die ungeheuren Gesteinsmassen von neuem in Fluss und begruben das Städtchen. Ein um 9 Uhr ausbrechender Orkan vollendete das Werk der Zerstörung. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist unbekannt. Die Nachbargemeinden brachten Hilfe.

Heinr. Soroe, Burgstraße 46. Fernsprecher 812. Äuser und Baupläne. Hypotheken-Belegungen. aus- u. Inventar-Versicherung.



Ludw. Hartwig.

Sie erhalten Lübeck-Marken.

Reisehandbuch

für wandernde Arbeiter.

Preis 1,50 Mk.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Betten-Diive, gr. Burgstrasse 32.

Bettledern, Daunen, Aussteuerartikel. Billigste Preise.

Rabattmarken werden ausgegeben.

Zu verkaufen 1. ov. Ausziehbar. 1 Goldrandspiegel mit Aufnah. 1 Schlafzimmerspiegel

Königstraße 30, 1. Etage.

Eiskartoffeln u. Schweinekartoffeln hat abzugeben

Studier, Moisslinger Heide.

Verloren auf dem Wege Holstenstraße bis Breitestraße eine goldene Damen Uhr mit silberner Kette.

Abzugeben gegen Belohnung bei Damman, Krempelsdorf.

Vom Abbruchlager

billig zu verkaufen: Türen, Windfänge, Fensterläden, Fenster, eichene und föhrene Balken,

Bretter, Bauholz, Nachherde, eiserne Defen,

Träger, Rohre, Säulen, Dachpfannen

H. Hartog, Kanalstr. unter d. Glockengiekerstr.

Jeden Sonnabend abends von 6 Uhr an

Warme Knäckwurst

L. Küntzel, Blücherstraße 22.

Besonders preiswerte Schuhwaren.

Damen-Leder-Hausschuhe gefüttert
Damen-Glanzleder-Spangenschuhe
Damen-Rossi.-Knopf- u. Schnürschuhe
Damen-Rossi.-Knopf- u. Schnürstiefel
Damen-Boxcalf-Knöpf.- u. Schnürstiefel

2⁴⁰
2⁷⁵
3⁵⁰
4⁵⁰
5⁹⁰

Mk.
Mk.
Mk.
Mk.
Mk.

Solide starke Herren-Schnürschuhe
Solide starke Herren-Zugstiefel
Solide starke Herren-Schnürstiefel
Herren-Rossleder-Schnürstiefel
Herren-Boxcalf-Schnürstiefel

3⁹⁰
4⁵⁰
4⁹⁰
6⁴⁰
7²⁵

Mk.
Mk.
Mk.
Mk.
Mk.

Damen- Echt Chevreaux-
Knöpf.- u. Schnürstief. 7⁸⁰
mit Lackkappe

Damen- Boxcalf-Knöpf- und Schnürstiefel
6⁹⁰
Mk. Echt Chevreaux-Knöpf- und Schnürstiefel

Herren- Goodyear Welt-
Pr. Boxc.-Schnürst. 10⁵⁰
Wert 14,00 Mk.

Solide starke Mädchen-Knopfstiefel
Größe 27/28 29/30 31/32 33/35
3²⁰ **3⁴⁵** **3⁸⁰** **4¹⁰**
Mk. Mk. Mk. Mk.

2²⁵ Kinder-Rossleder-Knopf- und Schnürstiefel **2²⁵**
Mk. Größe 21-24

Solide starke Knaben-Schnürstiefel
Größe 27/28 29/30 31/32 33/35
3⁰⁰ **3²⁵** **3⁶⁵** **3⁸⁵**
Mk. Mk. Mk. Mk.

5⁹⁰ Knaben-prima Boxcalf - Schnür - Stiefel **5⁹⁰**
Mk. Größe 36-39

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Oeffentliche Versteigerung
Montag den 25. Septbr.
vormittags 10^{1/2} Uhr
ganz präzise

in den Parterre-Räumen
Fischstraße 40
wegen Räumung und gänzlicher Aufgabe des
großen Möbelagers, als:
Blüschgarnituren, rot, grün, oliv, Mo-
quettegarnituren, Tuchgarnituren, Sofas
mit Stühlen, einzelne Sofas, Verstikows,
Salonschränke, Trumeaus mit geschl.
Glas, Salon- u. Ausziehtische, Spiegel-
schränke, Weiterspiegel, Bettstellen mit
Federrahmen, Waschtische mit und ohne
Marmor, Küchenschränke, Tische, Stühle,
Teppiche.

Echt nuss Bimmereinrichtungen,
kleine Saloneinrichtung,
zwei engl. Schlafzimmereinrichtungen,
drei Herrenschreibtische.

E. Reichel, Auktionator.

Noch immer

findet der Verkauf der durch Feuer und Wasser
leicht beschädigten Waren

Königstr. 48 statt.

W. F. Fienke

Paulstraße 16

Sargmagazin.

Lager fertiger Särge in allen Größen
zu billigen Preisen.
Einkleidungen in Seide, Gaukron,
Satin, Seide und Vilas.

Willy Koch,
Tischtechniker,
Lübeck, Holstenstr. 21.

Zäglich
in allen Verkaufsstellen:
Frisches

Kraft-Dauer-Brot.

C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110

Kleinverkauf ländl. Spirituosen
in bekannter todeloser Güte.

Hermann Blunk

Großröder Allee 51, Ecke d. Kahlhorststraße.

11. Kartoffeln
per 100 Pfund Mf. 2.10
10 Liter 30 Pf.

Heinrich Käbitz, Gräbenstraße 29.

Königliche Botterie-Einnahme
Carl Bischof
jetzt Braunstrasse 36.

Die Lose 1. Klasse sind bis 6. Oktober abzuholen.
Auslässe zur 4. Klasse verrätig.

Bett-Federn — Bett-Inlett

empfehlen wir in großer Auswahl zu billigen Preisen.

Federn Pf. 45, 60, 75 Pf., 1.00, 1.50, 1.70 2.00 b. 4.00 Mk.
neue staubfreie Qualitäten.

Inlett Pf. 38, 50, 60, 75 Pf., 1.00, 1.25, 1.50 b. 3.40 Mk.
prima federdichte Qualitäten. — Nähen der Inlett gratis.

Neu aufgenommen:

Fertige Betten, Bettstellen, Matratzen.

Bett I

Gute Federn und Inlett
22.50 Mk.

Bett II

Bessere Federn u. Inlett
27.50 Mk.

Bett III

Prima Federn u. Inlett
35.00 Mk.

Eiserne Bettstellen Hölzerne Bettstellen Matratzen m. Stoß

von 4.50 Mt. an.

von 11.00 Mt. an.

von 4.50 Mt. an.

Ein grosser Posten Gardinen

Meter 20, 25, 30, 40, 48, 60, 70, 85 Pf., 1.00 bis 1.35 Mk.

Trotz der billigen Preise geben wir rote Lubeca-Marken.

Bahr & Umland,

Sohn: Adolf Bahr.

31 Breitestrasse 31.

Zur Einnahme für den Winter empfiehle ich alle Sorten
Koks, Kohlen, Briketts, Brennholz

zu billigsten Sommerpreisen.

Christian Gäde, Fischgrube 5-7.

Fernsprecher 242.

für den Winterbedarf
Prima Lauenburger
Eierkartoffeln u.
Magnum bonum

gelb kochend
Proben sind auch bei Wulf,
Füchtingstr. 26, zu haben.

Wilh. Meyer
Fleischhauerstraße 74.

Grosses Lager
in
Obst

Gemüse und
Kartoffeln

L. Jacobsen
26 Meierstr. 26a.

für den Winterbedarf
feinste Lauenburger

Eierkartoffeln
pro 200 Pfund 5.50 Mk.

gelbe

Magnum bonum
pro 200 Pfund 4.50 Mk.

frei Haus, empfehlen

Spethmann & Fischer
Tel. 102.
Beckergrube 59.

oooooooooooo

Passend für Brautleute!

Billig zu verkaufen:

1 sehr schönes Sofa

4 Stühle

1 Verstikow

1 Sofatisch

2 Bettstellen mit Matratze

1 Kleiderschrank

umständlicherweise für annehmb. Preis

Johannisstr. 23, I.

oooooooooooo

Kann auch bis Abnahme lagern.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Werbung und Nachbergebot“ sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Paul Löw**

Redakteur für die Rubrik „Werbung und Nachbergebot“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Heinrich Käbitz**, Gräbenstraße 29.

Redakteur für die Rubrik „Werbung und Nachbergebot“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Heinrich Käbitz**, Gräbenstraße 29.

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 224

Sonntag, den 24. September 1905

12. Jahrgang.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübeder Volksboten“.)

Vierter Tag.

Mittagssitzung.

Jena, den 21. September 1905.

Kurz nach 3 Uhr eröffnet der Vorsitzende Leber die Verhandlungen.

In der fortgesetzten Diskussion über die Maßfeier erhält das Wort

Silberschmidt-Wanzleben: Aus der Maßfeier-Debatte ist eine solche über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften geworden. Da muß vorstest festgestellt werden, daß die Partei mit den Grundsätzen der modernen Gewerkschaftsbewegung vollkommen einverstanden ist. Man willt, daß wir die größte Vorsicht bei der Einleitung der Kämpfe walten lassen und nicht uns über allzu großes Ungehemmtes hinauswirken. Die Tarifverträge gelten als ein geeignetes Mittel zur Förderung der Arbeiterinteressen, gegen das vom Parteidoktrinär nichts einzutreten ist. Die Unternehmungsdestitutionen gelten allgemein als sehr wertvoll für die Stärkung der Gewerkschaften. Über die Neutralität herrschen trotz ihrer grundsätzlichen Anerkennung auch in Gewerkschaftskreisen sehr verschiedene Auffassungen. Über Vorsitzende von Kontrollverbänden, die, wie Genosse Simon, die Gewerkschaft als Reutenschiene für die Partei ansahen, dürften allerdings immer seltener werden. Tatsächlich sollte niemand gegen die Gewerkschaften den Vorwurf erheben, daß sie den sozialistischen Geist nicht verbreiteten. Was haben sie denn in all den Jahren propagiert und gepredigt, als den reinen, puren Klassenkampf? Was haben die Gewerkschaftsblätter getan, als die wirtschaftliche Struktur der gegenwärtigen Gesellschaft den Arbeitern zu entziehen. Kurz: „Arbeitsverzettelung“! Vielleicht gibt es Ausnahmen, aber auch die Partei hat nicht überall ihre Pflicht getan, starke politische Organisationen neben die gewerkschaftlichen zu schaffen. Schaffen wir also eine Reihe weiterer Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft und schaffen wir keine neuen Trennungsmomente. Die ganze schlesische Parteivergesellschaft ist von der Unablässlichkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai überzeugt und wünscht ihre Beleidigung. Vielleicht wird durch die Arbeitsruhe die Organisationsarbeit wie die Einleitung von Lohnkämpfen geradezu gefördert. Verhandeln wir in aller Ruhe und Sachlichkeit und suchen wir bis zum nächsten internationalen Kongreß eine dauernde Einigung. Zwischenjagen Sie dafür, daß die Gewerkschaften nicht gezwungen sind, sich gegen ungerechte Angriffe mit aller Stärke zu verteidigen. (Silberschmidt und Lebhafter widersprechen. Hoffmann-Hamburg ruft: „Umgekehrt wird auch ein Schuh daraus!“)

Legien: Auch ich hoffe, daß wir einsam den 1. Mai durch Arbeitsruhe werden feiern können. Aber jetzt ist noch nicht die Zeit zu feiern, jetzt wollen wir noch demonstrieren für unsere Forderungen an die herrschenden Klassen. Machtvolle Demonstrationen erwarten wir von den Abendverhandlungen. Nun sagen die Genossen vielsach: Wenn wir die Arbeitsruhe fallen lassen, so verzögern wir sieben ganz auf die Maßfeier. Ja, dann müssen sie die strikte Arbeitsruhe als Pflicht aller Parteigenossen proklamieren. Solange das nicht geht, müssen wir die Demonstration so gestalten, wie es möglich ist. Ist doch die Frage der Arbeitsruhe keine des Prinzips, sondern der Taktik. Mag die Basis der Feiern am 1. Mai zugunsten haben, so ist die Arbeitsruhe jedenfalls nicht im Verhältnis zum Wachstum der Partei und der Gewerkschaften gewachsen. (Kurz: „Weil dagegen gearbeitet wurde!“) Nein, hätten die Massen ein instinktives Gefühl für die Maßfeier, so wäre das gar nicht möglich. Auch nicht möglich, daß die Gewerkschaftsführer gegen den

Willen ihrer Auftraggeber gestimmt und geredet hätten. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Zu den anderen Fragen, insbesondere die Neutralität, hoffe ich noch beim nächsten Thema zu sprechen.

Herting-Hamburg: Das ist ja eben der Streitpunkt, daß uns proletarischen Genossen die Maßfeier ein Prinzip, einzelnen Gewerkschaftskreisen nur eine Taktikfrage ist. Uns ist die Maßfeier ein Stück Selbstverständlichkeit, wenn auch im höchsten Sinne jeder Zweck Mittel zu höheren Zielen ist. Für die bloße Verantwortung für das Kassenamt genügt uns Militäranwärter, die rechnen können. Haben denn aber die Gewerkschaftsvorstände kein Gefühl der Verantwortlichkeit dafür, daß sie die Mitglieder zu opferbereiten Persönlichkeiten erziehen müssen? Wie sollen wir den ersten Mai feiern, wenn wir das Gefühl haben müssen, seine Feier werde auf dem nächsten internationalen Kongreß bestätigt werden. Wo sind die Vorfälle, die Märkte, die alle am Abend begangen wurden. Wir müssen dafür sorgen, daß keine Siegmüllerei in die Gewerkschaften bringt. (Lebhafter Beifall)

Hüttmann-Frankfurt a. M.: Wir führen hier eine scharfe sozialistische Debatte, und sind über die Resolution doch vollkommen einig. Man greift einzelne Rituale heraus und konstruiert allerlei Ansichten, die auf dem Gewerkschaftskongreß garnicht vorhanden oder doch nicht vorherrschend waren. Über in der Sache darf man doch nicht verzerrt sein. Die Maßfeier geschafft wurde, als die Gewerkschaften noch sehr unbedeutend waren. Seitdem ist die Verantwortung der Gewerkschaften riesenhoch gestiegen. Ich kann mir aber andererseits keine Gewerkschaftsführer denken, der es verhinderte, daß der sozialistische Geist in ihre Gewerkschaften eindringt. (Kurz: „Max Jäger!“), wenn er nicht zugleich seine Pflichten als Gewerkschaftsführer vernachlässigte. Gerade in die erlegtesten Öffnungen hat jetzt die Gewerkschaftsbewegung den Geist des Klassenkampfes getragen. Also schaffen wir nicht lästige Gegensätze, dann werden wir uns auch über die Maßfeier einigen können.

Stübbe-Hamburg: Das wir hier eine Gewerkschaftsdebatte haben, ist Schuld des großen Schmidts, der hier einzelnen hervorragenden Parteimitgliedern eins auszuwischen versucht hat. Die Gewerkschaften sind häufig gegen die politische Wirklichkeit ihrer Beamten. Grade dem Genossen Kloß ist die politische Tätigkeit vom Holzarbeiterverband erschwert worden. In dem Regulativ des Holzarbeiterverbandes ist den Gewerken gefasst, daß ihre volle Gewaltstaste den Gewerkschaften gehört. (Hört, hört!) Die Maßfeier ist gewachsen. Wenn nicht im Verhältnis zur Partei, so liegt das an dem Bremsen der Gewerkschaften. Die große Masse der organisierten Holzarbeiter ist für die Arbeitsruhe. Von einzelnen Gewerkschaftsführern ist systematisch gegen die Arbeitsruhe vorgegangen worden. Die stummiesten Opfer werden übertrieben, es sind viel mehr persönliche Opfer gebracht worden. In der Gewerkschaftspresse wird sehr oft der politische Geist häufig ganz systematisch bekämpft. Da sollte unsere politische Presse besser aufpassen und den bedrohenden Gewerkschaften auf die Finger klopfen.

v. Elm-Hamburg: Weil ich in einem Artikel der „Monatshefte“ gesagt habe, es sind in unserer Gewerkschaftsbewegung englische Ansätze vorhanden, bin ich von Leuten gelöst worden, die sonst nur Schelchte für mich hatten. Bei dem Lob ist mir ordentlich unheimlich geworden. (Herrkunft.) Ich soll mich gemauert haben. (Erneute Herrkunft.) Das ist nicht der Fall. Ich sehe in den Gewerkschaften nicht als meine Verbündeten, ich sehe in ihnen einen gleichberechtigten Faktor der Arbeiterbewegung, kein Palliativmittelchen. Sonst wäre auch die parlamentarische Aktion nur ein Palliativmittel. Wer ich habe es immer verurteilt, wenn sich Unzufriedenheit in den Gewerkschaften zeigte. Die Maßfeier ist näher geworden, ich habe das selbst in kleinen Orten Schleswig-Holsteins erfahren. Aber wenn man den Gewerkschaften vorwirkt, daß sie den Parlamentarismus

unterschämen, so hat das alles seine Ursachen. In Dresden nach dem Dreimillionenstreik voten wie der Welt das Bild der Selbstverschissung. Da wurde von der radikalsten Seite die Bedeutung des Parlaments so herabgesetzt, daß man sich nicht wundern darf, daß solche Ansichten in weiteren Kreisen Eingang gefunden haben. Eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften ist jetzt die Hauptache. Die jetzige Differenz ist noch auszugleichen, aber die Entwicklung ist heute nicht abgeschlossen und wenn nicht eine organisierte Annäherung erfolgt, werden die Differenzen größer werden. Wir müssen einen Weg der Verständigung suchen. Dazu ist es nötig, daß die Partei die Gewerkschaften als völlig gleichberechtigt anerkennt für alle sozialpolitischen Fragen. Erfolgt diese Anerkennung, so wird sich der Weg leicht finden. (Beifall)

Uhlig-Dresden: Weder der Referent noch Genosse Schmidt trägt die Schuld an der allgemeinen Gewerkschaftsdebatte. Sie ist herborgerufen durch den großen Anteil der Gewerkschaftsbewegung an der Maßfeierfrage. Aber ich glaube nicht, daß es eine nützliche Vereinfachung der Debatte war, daß durch den Referenten die zünftlerischen Mädeln in die Debatte hineingezogen wurden. Das verständnisvolle Lachen des Parteidoktrinärs liang an das berichtigte Lachen des Kölner Parteidoktrinärs an. Die Bachdrucker wehren sich nicht gegen die Einschränkung von Maschinen. Mit dieser Behauptung hat Fischer nur den Unternehmern im Buchdruckergewerbe Wasser gesetzt. Die Bachdrucker wollten nur nicht die Früchte der organisatorischen Arbeit von mehr als einem Menschenalter verlieren, wollten eine Übergangsperiode schaffen und regeln zu die Produktion eingreifen. Die Konsequenz einer solchen Regelung, die keineswegs zünftlerisch ist, ist eben der Sozialismus. Ich kann einen Gegensatz zwischen der politischen und wirtschaftlichen Demokratie nicht erkennen.

Frau Luxemburg: Genosse Schmidt hat mir meinen Mangel an Liebenswürdigkeiten vorgeworfen und den Eintritt in die Gewerkschaften empfohlen. Da werde ich dann wohl die wahre Liebenswürdigkeit im Berlehr mit den Genossen lernen können, z. B. durch den Genossen Hue, der die russischen und polnischen Theoretiker des Generalstreiks auffordert, sich nach Warschau zu begeben, wo allerdings der Staatsanwalt längst meine engeren Parteidoktrinären Aspiranten der höchsten Ehre entledigt hat. Da werde ich in der Gewerkschaftsbewegung nicht nur Einsicht in das wirkliche Leben, sondern auch echte Liebenswürdigkeit gewinnen können. Die Hoffnung des Genossen Schmidt, daß die „Neue Zeit“ nicht von den Arbeitern gelebt wird, steht auf sehr schwachen Füßen. Die „Neue Zeit“ hat ihre Abonnentenzahl seit der Höhe auf dem Münchner Parteidoktrinärs von 3700 auf 5100 gesteigert (Bravo!) und steht damit an der Spitze aller wissenschaftlichen Revuen überhaupt. Der „Neuen Zeit“ geht es bei allen diesen Attacken wie der Partei überhaupt bei den Attacken der bürgerlichen Geister: sie wird dabei stark und bekommt gesunde Baden. Die Gewerkschaftsführer, die gegen die Partei agitieren, leben nicht nur in unserer Phantasie, sondern in der traurigen Wirklichkeit. So hat im Essener Wahlkampf das Zentrum die Neuherierung des „Correspondenten“ über die „unsähige Politik des jacobinischen Systems“ und einen Artikel Edmund Fischers, des Fischer mit dem E. M.-Artikel (Herrkunft), daß der Gedanke der Arbeiterversicherung ein edler Menschentum geschaffen habe, gegen uns ausgespielt. In Wahrheit sollte die Gewerkschaft zur Partei sagen, wie die Partei im Wilhelm II.:

Es ist ein Feind, vor dem wir alle stiern
Und eine Freiheit macht uns alle frei!

(Lebhaftes Beifall)

Die Diskussion wird geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung hebt Robert Schmidt hervor, daß ihm als Aufsichtsratsmitglied nichts bekannt geworden ist, daß Kloß seine politische Tätigkeit von dem Holzarbeiterverband erschwert worden sei. Stübbe

Gold!

Ein kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(32. Fortsetzung.)

Nur der Justizrat nahm keine solchen Rücksichten, indem er von der Überzeugung ausging, daß seine Reisegefährten, die auf ihr eigenes Gepäck passen mühten, dabei füllschweigend die moralische Verpflichtung übernommen hätten, auch auf das feindliche Acht zu geben. Ohne sich deshalb weiter darum zu kümmern, hörte er kaum, daß diese Signale: „fertiges Essen!“ bedeuteten, als er auch ohne weiteres auf das nächste Bett zunderte, dort eintrat, seine lange Pfeife mit dem Hut darüber in die Tasche stellte und vor dem nächsten Klobert Platz nahm.

Das Innere des Zeltes versprach allerdings nicht viel, denn eine ungehobelte lange Tafel von Eiche-Brettern, mit eben solchen Bänken an der Seite, stand in der Mitte und war nur stellenweise mit ein paar kurzen und schoen einzigen gebrauchten Tischlädchen bedeckt. Messer, Gaben und Teller fanden sich allerdings vor, auch ein großes Salzfass — vielleicht von Zinn, der darauf haftende Staub ließ es nicht recht erkennen — aber zwei riesige Flaschen mit sogenannten „Büdles“ (kleine Gläser in Glas und spanischem Pfeffer) bildeten den eigentlichen Anlockungspunkt für diese Mahlzeiten. Es war einmal etwas Büdles für die Kunden, die sich das ewige frische Fleisch und Weizenbrot schon zuvor gegessen hatten, und die Leute bezahlten gern einen ziemlich hohen Preis für dasselbe, was sie sich zu Hause, d. h. in ihrem Zelte, auch hätten kochen können, nur um dabei sauren und gepfefferten Pickles habhaft zu werden.

Eine Menge Gäste strömte jetzt herzu oder hatte schon teilweise Platz genommen, und der Justizrat erwartete nach allen diesen Vorbereitungen kaum etwas anderes als ein

ordentliches und regelrechtes table d'hôte — er hätte sich darin aber geirrt. Das ganze Platz bestand in einem Stück ziemlich Alntfleisch, Kartoffeln in der Schale und Weizenbrot. Die Pickles versuchte er ebenfalls, rauszte aber schon nach dem ersten Bissen so durchbar husten, daß er kaum wieder zu sich kommen konnte. Dafür durfte er nachher zwei Dollar bezahlen, und sand, als er voller Erkrankung über solche „Prellerel“ das Bett wieder verlassen wollte, daß ihm jemand unterdessen seinen guten breitrandigen Filzhut von der Pfeife weggenommen und statt dessen einen nichtswürdigen alten Strohhut darüber gehäuft hatte. Vergeblich waren dabei alle Nachsuchungen; mit dem Englischen konnte er sich ebenfalls nur höchst mittelmäßig verständlich machen, und die Leute, denen er seinen Verlust klagen wollte, lachten ihn noch obendrauf aus. Es blieb ihm zuletzt nichts anderes übrig, als zu seinen Freunden zurückzukehren und seinen guten Hut im Stiche zu lassen.

„Sich mal an,“ empfing ihn dort aber der ihm verhasste Binderhof mit vergnügtem Lächeln, „solche Eitelkeit hält ich dem Justizrat gar nicht zugetraut — ist er gleich in die Stadt gegangen und hat sich einen neuen Hut gekauft.“

„Verdammt!“ flachte aber der ärgerliche Mann, indem er den alten Strohhut, den er ganz in Handen aufzubehalten hatte, vom Kopfe riss, zusammenknallte und auf den Boden warf — „nichtswürdige Bande hier — wo ist meine Müze?“

Lamberg war der einzige praktische Mensch in der ganzen kleinen Gesellschaft, hatte vor dem Arbeiten aber einen eben so großen Widerwillen, wie ihn nur der Justizrat selber haben konnte, und vor diesem nur den Vorzug, daß er doch wenigstens angeben konnte, wie eine Sache gemacht werden sollte. Zur Ausführung benutzte er dann Herrn Husner, der bei großer Gutmäßigkeit und Gefälligkeit niemandem gern eine Blöße abschlug. Außerdem achtete Herr

Husner aber auch noch den Justizrat außerordentlich hoch — jedenfalls seines Titels wegen.

Vor allen Dingen war es jetzt nötig, daß sie ihr mitgebrachtes Bett an irgend einem passenden Orte ausschlügen. Diesen suchte Lamberg aus, bezeichnete die Stellen, wo die Löcher für die Bettstangen gebohrt werden mühten, und ließ dann Herrn Binderhof die Stangen halten, während Herr Husner im Schwelze seines Angesichts die ersten Spitzhackenschläge in kalifornischen Boden tat.

Das Bett stand endlich; die mitgebrachten Gegenstände wurden — diesmal von Allem gemeinschaftlich — hineingetragen und Herr Husner band, da sich die Lebriegen erst einmal in dem kleinen Orte umsehen wollten, als Wache zurückgelassen. Herr Husner hätte allerdings gern selber einen ähnlichen Spaziergang gemacht. Der Justizrat war aber gleich nach der ersten oberflächlichen Einrichtung mit seiner wieder gepackten Pfeife fortgegangen, Binderhof stellte ebenfalls die Hände in die Taschen und schlenderte ihm nach, und Herr Lamberg hielt es für nötig, Gegend und Gelegenheit für ihre nächsten Arbeiten erst einmal in Augenschein zu nehmen. So blieb denn natürlich Niemand weiter als Herr Husner übrig, um die Sache im Auge zu behalten.

10.

Der Indianische Häuptling.

Es mochte etwa fünf Uhr nachmittags sein, als die neu eingetroffenen Deutschen ihre ersten und nötigsten Vorbereitungen beendet hatten. Die Goldwascher waren indessen schon lange wieder zu ihren Beschäftigungen, teils in der Flat selber, teils an die einzelnen kleinen Bäche zurückgekehrt, und das Paradies lag ziemlich still und öde mit seinen weißen Steinwandwänden im heißen Sonnenchein.

Die Hauptstraße der Stadt war vollständig leer von Menschen, einen mit einem zerlumpten Hemde bekleideten Indianer ausgenommen, der, eine Ladung Holz auf dem Rücken, gerade aus dem Walde kam, um es in eins der Kauf- oder

selbst sollte doch hertreten und sagen, ob ihm jemals wegen seiner politischen Beteiligung etwas in den Weg gelegt worden sei.

Stimme erwidert, als er Beamter gewesen, seien andere Beihilfen im Holzarbeiterverband gewesen. Auf der Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes sei der Fall nicht behandelt worden.

Möbius Schmidt erwidert darauf, daß noch acht Beamte des Holzarbeiterverbandes auf politischer Bekleidung.

Frau v. Fisch - Berlin erhält das Schlußwort. Im Abschluß an die eben gehörten politischen Bemerkungen will ich hier gleich sagen, daß mir der Vorsteher des Holzarbeiterverbandes telegraphisch erklärte, es werde kein Gewerkschaftsbeamter an politischer Tätigkeit gehindert. Dieselbe Erklärung hat mir der Vorsteher des Metallarbeiterverbandes, Reichenbach, abgegeben und wie haben keinen Grund, Zweck an ihrer Vollstreckung zu hegen. Sollten einzelne Branche eine Ausnahme machen, so werden diese Gewerke gewiß dazu befähigen, auch diese Ausnahmen zu bestätigen. (Sehr gut.) Die Genossen sind sich und Bergburg haben hier über Blatte von Gewerkschaften geklagt, die von den Gegnern bei der Essener Wahl geklaut wurden sind. Ich glaube, auch von der Gegenseite werden die Gegner zittert haben. Das Beste ist, wie richten unsere Debatte so ein, daß die Gegner keine Freude daraus haben. Was ich über die Zuständigkeiten gewisser Gewerkschaften gesagt habe, hat Robert Schmidt auf mein Geschäftsführertum im "Vorwärts" zurückgeführt. Das war ein guter Witz, trifft aber nicht die Sache. Ein Witz nicht Geschäftsführer in einer Druckerei und er kommt zu dem gleichen Schluß.

Nun hat mir Genosse Laubmann vorgeworfen, daß ich nicht mehr organisierte Buchdrucker bin. Für meine eigene Stellung erkenne ich eine solche Pflicht nicht an. Confit müßte man von Bebel verlangen, daß er beim Drechslerverband, von Singer, daß er bei den jugendlichen Kaufleuten organisiert sei. (Große Heiterkeit.) So hoch versteigt man sich aber nicht. Beim kleinen Fünfziger macht man halt. Was die Buchdrucker anlangt, so habe ich Ihnen ihre Stellung zur Schmiedenfrage nicht vorgeworfen, sondern sie ausdrücklich gebilligt. Es ist mir auch nicht eingekommen, die Notwendigkeit der Regelung der Lehrlingsfrage zu bestreiten, aber etwas Unverständliches ist die Beschreibung der Lehrlingszahl. Ist es z.B. mit den Begriffen der modernen Arbeitersbewegung vereinbar, daß die Buchdruckerzeitung die Aufnahme eines Maschinenmeisters ablehnt, weil er frühere Hilfsarbeiter war und keine vierjährige Lehrzeit hinter sich hatte? (Hört hört!)

Die Gewerkschaftsbewegung habe ich wohl als Politikmittel bezeichnet; aber ich halte sie deshalb doch für ein Mittel von der höchsten Bedeutung. Aber darum eben unterscheiden wir uns ja von den reinen Partei-Gewerkschaften, daß wir Sozialdemokraten sind, daß wir die Relativität aller gewerkschaftlichen Erfolge einsehen. Auf die Bolligsergebung habe ich schon früher in diesem Antrittung bewiesen. Aber weiter können sich ganze Arbeiterschichten nicht mehr organisieren, weil sie sozial zu tief gebrekt sind. Nur die Folge der Gewerkschaften sind für alle Dauer sichergestellt, die gezielt festgelegt sind. Dabei will ich nicht, wie Schmidt mit bezeugtem Schlagwort sagte, die Gewerkschaften zu politischen Diktatoren klügeln. Ich habe auch nicht von Gefahren der Bürokratie gesprochen, als etwas schon vorhandenem, sondern nur von Tendenzen, die dazu führen könnten. Deshalb kann Schmidt wieder Metternich noch Bebel gegen mich ansführen. Bebel hat sich in der zitierten Broschüre ja ausdrücklich gegen die Idee der unpolitischen Gewerkschaften verwahrt. Beider haben nun Schmidt und Legien ihre Zustimmung zu der Resolution heute bedeutend eingeschränkt. Wir aber wollen uns nicht nur bis zum nächsten internationalen Kongress einigen, nicht nur eine Art Gottesfrieden bis dahin schaffen. Wie wollen

Speisezettel hinein zu bringen. Die Weiber gaben ihm dann ein Stück Brod und — die Hauptfrage — einen Stück Brantwein dafür, und um seinen Geist zu zerstören, strengte der rote Sohn der Berge zum ersten Mal in seinem Leben vielleicht den eigenen Körper an. Da klappten rasche Hufe die harte, aus den Höhen niederfallende Straße herab, und der ungewohnte Laut veranlaßte selbst einige der feurigen Händler, die Köpfe aus ihren besten herauszustrecken, nur um zu sehen, welcher Art der Besuch wohl wäre. Diesmal bereutet sich auch Ihre Mutter nicht, denn der Anblick, der sich ihnen bot, war der kleinen Mühe wert gewesen.

Fünf nicht sehr starke, aber doch kräftige braune Pferde lamen in voller Flucht den Berg entlang, und Indianer hingen auf den fessellosen Rücken der Tiere. Der Führer des Trupps war ein junger Mann von vielleicht sechzehn Jahren, aber — ein seltener Fall — ganz europäisch gekleidet, mit lichten Haaren, kürzer, reich mit Knöpfen besetzter Rock und einem Strohhut auf dem lustig darunter hinausflatternden langen, rauhhaarigen Haar. Die Füße trug er freilich nackt, aber auf der linken Schulter eine lange einläufige Schrotflinte, während in einem rohseidenen chinesischen Gürtel, der seine Hüften umschloß, ein langes spanisches Messer stak.

Die kalifornischen Berg-Indianer reiten rasch, sie und haben auch gar keine Pferde; der Bursche aber saß wie aufgegossen auf seinem Tier, das er mehr mit dem Druck seiner Schenkel, als dem leichten Raum zu regieren schien. Auch hatte er nichts von dem scheuen, verschlossenen Beton, das sonst dieser Rasse, den Übergriffen der mächtigen Weißen gegenüber, eigen ist. Wie er da so leicht und trocken auf seinem weit ausgreifenden Kamm saß, rißte er sogar hier und da in eins der Hölle nach einem bekannten Gericht hinüber, aber kein freundliches Lächeln widersteht den Ernst der strengen und doch eben und selbst schönen Füße. Der junge und mächtige Indianer-Häuptling Keso, der große Gewalt über all die benachbarten Stämme der Berge hatte, war den Händlern hier auch schon bekannt, denn wo irgend ein Unterschied zu schließen oder geflohenes Gut wieder zu bekommen war, wandten sie sich nur an ihn, und konnten sicher sein, daß er ihnen zu ihrem Rechte verhalf. Größeres Interesse hatten aber doch für sie in diesem Augenblick die beiden Reiterinnen, die ihm folgten, und es konnte auch kaum ein wilderes reizenderes Bild geben, als diese beiden, auf schauenden Rossen vorbeifliegenden Mädchen des Urwalds bilden.

(Fortsetzung folgt.)

die Gemeinsamkeit der Ideen und Auffassungen, wir wollen die Vereinigung der Gedanken in beiden Organisationen. Gerade darum wollen wir ja auch die Gewerkschaften hier nicht majorisieren, sondern überzeugen und gewinnen. Es schien, als wollten Schmidt und Legien doch schließlich darauf bestehen, mit der Arbeitsruhe am 1. Mai vollständig aufzuräumen. Da müssen wir ihnen immer wieder entgegenhalten, daß dagegen von politische und klasseninteressante Arbeitsschichten sprechen würde, daß das eine Schädigung der Arbeiterbewegung bedeuten würde. Vielleicht wäre es anders gekommen, wenn der Bärther Kongress die Maßnahmen nicht so geschaffen hätte. Er wollte nicht die Arbeitsruhe, er wollte nur eine Demonstration. Aber in Deutschland glaubte nur einmal der Maßteriegebundne wie ein elektrischer Funke, und da glaubte Bismarck, damals noch im Staate und erhabter Gegner der Aushebung des Sozialistengesetzes, einen Vorwand zu einer Straßenkämpfen zu finden. Sie wußt, damals war das Militär in den Kästen konzentriert und die Generale hatten Anweisungen für ihr Verhalten in der Straßenkämpfen. Wir haben es nie zu einer Kraftprobe kommen lassen, nie die Arbeitsruhe zur Pflicht gemacht. Darum haben ja auch alle Vornahmen gegen die Partei gar keine Grundlage. Aber wir können nicht mitten im Kampfe gegen einen Gegner von heute auf morgen eine Forderung, an der Ende von Arbeitern hängen, einfach deshalb fallen lassen, weil sie dem Gegner unbekannt ist und größere Opfer fordert. Das sind die politischen Impoverberabilen, das ist das ethische Moment in unserer Agitation, wie denn überhaupt die Maßterie trotz ihrer blödrotschicken Bedeutung ein Stück religiös, ein ethisches Element hat, weil sie die Kulturrelle in den Vordergrund stellt, und vielleicht hat die Maßterie gerade deshalb unter den deutschen Arbeitern so großen Wiederhall gefunden. Die Partei war nie kleinlich bei wirtschaftlichen, bei Klassenkämpfen, sie wird auch für die Opfer der Maßdemonstration mit vollen Händen geben, wenn es not tut. Mag diesmal deshalb stärker gefeiert sein, weil es ein Montag war. Ja der Hauptliche hat gerade die Diskussion über die Maßterie das größte Interess: an ihr erwacht. Sie sollen auf die rückständigen Beziehungen Rücksicht nehmen. Jahrzehntelang hatten wir aber auch in Rheinland-Westfalen nur magere Erfolge, auch dort und der Sieg nicht über Nacht ins Haus gefallen. Die Einsicht, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bergarbeiter, war es nicht die Frucht Jahrzehntelanger Arbeit von Tausenden von Genossen, von denen niemand spricht und die niemand kennt. Die haben damals das Samekorn gelegt, heute beginnt die Ernte zu reifen. Die Maßterie nun ist die wichtigste Massendemonstration, denn sie ist der schärfste Ausdruck der proletarischen Klassengemeinsamkeit und der Gegner schafft gegen die Bourgeoisie und die Klassenregierung. Es wäre eine Verständigung an unserer Vergangenheit und unseren großen Aufgaben für die Zukunft. Darum muß sie gerade in den abgelegenen kleinen Städten propagiert werden, wo die politische Bewegung noch rückständig ist. Die Gewerkschaften werden letztlich können, was wir von ihnen verlangen, zumal wir loyal ihrer Ichthalen Entscheidung alles Einzelne zur Aussicht überlassen. Nun sage ich, daß ich wohl ironisch als Gegenwart auf gewisse Artikel, es sei ein Glück, daß nicht mehr Arbeiter die "Neue Zeit" lesen. Ich hätte keinen Wunsch, mich darüber zu enttäuschen, aber wollen wir in solchen Ausführungen nicht vorsichtiger sein? Denkt doch immer daran, wie solche Ausführungen nach ein, zwei Jahren in gegnerischen Blättern laufen. (Bestimmung.) Ich bin kein unbedingter Anhänger der "Neuen Zeit", habe auch schon meine Stimme gegen manches erhoben, aber es hat nicht viel genutzt. Gebe es ist sie unter wissenschaftliches Zentralorgan und darum sollte sich niemand schmollend zurückziehen. Wer nicht da ist, hat stets Unrecht. Auch da gilt die Parteifolksbarkeit und die Bevölkerung der Partei gerissen durch die eigene Aussicht. Wenn die Maßterie debattiert diesen Gedanken gestützt hat, den Genossen Antieriem einfach und schön ausgedrückt hat: Einheit in Aussicht, Einheitlichkeit im Kampf, so hat sie ein Resultat, wie wir es uns besser und schöner nicht wünschen können. (Beifall.)

Redner wendet sich nun den vorliegenden Anträgen zu. Die Anträge auf absolute Arbeitsruhe können wir nicht annehmen. Dagegen bilden die Anträge auf Verstärkung der Arbeitsruhe unter Diskussionsthema. Aber auch diese Anträge sind verknüpft mit Dingen, über die wir hier nicht beschließen können. So können wir hier den Gewerkschaftsbeamten nicht vorschreiben, daß sie ihr Gehalt am 1. Mai der Parteiaffäre abstellen. Ebenso können wir keinen Fonds für Köln aussprechen, weil wir uns ja mit den Gewerkschaften verständigen wollen. Die Verständigungsklausur ist verdeckt wollen wir der Parteileitung zur Erwägung und Berücksichtigung überweisen. So bleibt meine Resolution übrig, um deren einstimmige Annahme ich nochmals bitte. (Beifall.)

Die Resolution Fischer wird einstimmig angenommen.

Die übrigen Anträge werden durch die Annahme der Resolution Fischer für erledigt erklärt. Die Resolution Liebknecht wird dem Vorstand als Material überwiesen.

Singer teilt mit, daß durch die Presse seit 8 Tagen

die Meldung gehe, daß Domela Nieuwenhuis in Köln verhaftet sei. Er habe an das Parteiblatt deponiert, man solle

sich nach dem Schicksal von Nieuwenhuis erkundigen, ihm

Rechtschaffenseit Parteifosten gewähren und an den Parteitag berichten. (Lebhafte Zustimmung.)

Mit dem Punkt Generalstreit wird heute wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr begonnen.

Es wird über einige Anträge verhandelt.

Der Antrag der Parteigenossen bez Wahlkreise Hanau-

Gelnhausen - Orb und Teltow - Besselsdorf - Storkow:

"Den Parteivorstand zu braustragen, sobald der Galvar zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes erscheint, eine planmäßige, allgemeine Agitation in dieser Sache zu veranlassen"

wird ohne Debatte angenommen.

Die Anträge der Parteigenossen des 4. jüdischen Wahlkreises: "Ja Zukunft ist von Seiten der Partei

eine ausgedehnte Agitation in Wort und Schrift unter der

proletarischen Jugend in die Wege zu setzen und überall da,

wo angängig, eine Jugendorganisation zu gründen" und

Parteigenossen in Borsigheim, Heidelberg, Mainz, Heimbach und Offenbach: "Der Parteitag möge beschließen,

dass der Parteivorstand beauftragt wird, die Organisationen

der jugendlichen Arbeiter nach besten Kräften zu unterstützen,

zur Kostentrag der jugendlichen Arbeiter eine mindestens

monatlich einmal erscheinende Zeitung herauszugeben und des weiteren eine Zentralstelle der Jugendorganisation heranzuführen" rufen eine längere Diskussion hervor.

Hänsel: Nun man tritt für die Anträge ein und bittet um möglichst lebhafte Agitation für die "Gleichheit", die die Kinderbelästigung erregt hat.

Pfau-Luckas erklärt sich mit dem Antrag Hanau einverstanden, welche sich aber gegen den zweiten Antrag, da er Ersatz nicht richtig sprachlos set.

Von Breitenbach spricht vor, die Kinderbelästigung der "Gleichheit" in der Parteipresse nachdrucken zu dürfen.

Frau Bettina - Stuttgart erklärt, der Verlag der "Gleichheit" wäre dem Vorstand Löbes nicht zustimmen, da er der "Gleichheit" selbst feindlich würde. Sie wünscht die Übersetzung des Entwurfes an die Parteileitung. Die Frage der Jugenderziehung müsse vom Parteitag einmal gründlich erörtert werden. Dazu kommt die Partei nicht herum, dazu zwinge uns schon das Zentrum.

Ab. Hoffmann hält den Vortrag Löbes für unausführbar, da die Geschäftsführer sich einen so weit gehenden Nachdruck wohl schwierig gefallen lassen würden. Aber man sollte die "Gleichheit" der gesamten Parteipresse betreiben.

Frau Blum - Essen hält ebenfalls dafür, daß sich die Partei um die Jugenderziehung etwas mehr kümmern muß, um den Erfolg der heutigen Volksschule zu paratysieren.

Frau Bettina stellt fest, daß die "Gleichheit" nichts gegen den Vorstand einzusetzen habe, nur die ganze Beilage dürfe nicht von ihr losgelöst werden; im übrigen arbeiteten ausschließlich Parteigenossen an der "Gleichheit" mit, soviel bürgerliche Kreise auch ihre Sympathie für diese "große gemeinsame Kulturarbeit" verfestigt hätten. Alle Mitarbeiter der "Gleichheit" seien von der größten Unzufriedenheit. (Beifall.)

Kohl - Karlsruhe: Ich begrüße die Aussführungen der Genossin Berlin schon deshalb, weil sie ungefähr dasselbe sagte, wie das, weswegen man mir heute den Kopf herunterreisen wollte. Sie sagte, das Zentrum zwinge uns zur Verhältnisstellung mit der praktischen Frage der Jugenderziehung. (Große Unruhe. Bebel ruft: Es hat eben die Kirche in die Hand.) Da ist doch nicht die politische Partei gemeint. Es war ganz schulisch wollte ich auch nur sagen.

Frau Jäger - Meldorf bittet, die "Gleichheit" verständlicher zu machen, dann würden die Genossinnen auch stellig für ihre Verbreitung sorgen.

Vorsteher Singer: Zur Abklärung der Diskussion bemerkte ich, daß wir jetzt nicht über den Inhalt der "Gleichheit", sondern nur über die Jugenderziehung beraten. (Heiterkeit.)

Frau Wagner - Chemnitz hält eine Befürchtung der Kinder für unmöglich, ehe nicht die Mütter aufgeklärt sind und die Religion aus der Schule verbannt ist.

Schulz - Bremen hat aus der Verwirrung der Diskussion die Schreie gezogen, daß die Frage der Jugenderziehung jedenfalls auf dem nächsten Parteitag prinzipiell behandelt werden müsse.

Ab. Hoffmann - Berlin: Einzelne Artikel gehen verloren; nur wenn die ganze Beilage der "Gleichheit" abgedruckt wird, kann sie an die Kinder heranzoomen.

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung werden die Anträge dem Parteivorstand als Material überwiesen.

Es folgt der Antrag Teltow - Storkow - Storckow: "In der Erkenntnis, daß der Militarismus und Imperialismus der schlechteste Stützpfeiler der herrschenden Klassen ist, daß er ferner durch seine kulturreindlichen Tendenzen und Besitzrechte jedes freie und rege Leben erstickt, ja die zu seinen Diensten eingezogenen Söhne des Volkes zu willenlosen Werkzeugen macht, ist es dringend erforderlich, daß hiergegen eine regelmäßige, planmäßig betriebene Agitation einsetzt. Als erste Aufgabe wird betrachtet, in jedem Sozialbund Soldaten zu erhalten, speziell über ihre sogenannten Rechte" als Soldat aufzuklären werden, ferner, daß zu dieser Art Aufklärung überall den Inhalten verbreitet werden und darauf hingewiesen wird, daß sie von dem sogenannten "Besitzverderecht" den ausgleichbaren Gebrauch machen sollen. Durch die Aufklärung in dieser Weise würden die jungen Leute erst sehen, wie die Dienstvorschriften von den Vorgesetzten gehandhabt werden und einen Abschluß vor dem Militarismus bekommen."

Börsig - Meldorf: Der Antrag ist im vorigen Jahr abgelehnt worden, aber es muß etwas geschehen. Die Willkürspolitiken müssen auf ihr Besitzverderecht aufmerksam gemacht werden. Jetzt wird die Kommissbrotverdauungsmaßchine getreten und will handeln, daß es eine Schande ist.

Liebknecht - Berlin: Der Antrag ist in etwas veränderter Gestalt von uns wieder aufgenommen worden, er bedeutet nichts mehr als eine Ausführung des Parteikongressbeschlusses betr. die antimilitaristische Propaganda. Die Jüten haben sich doch geändert. Der Antrag ist zeitgemäß geworden.

Die Ereignisse im Russland fallen in die Begriffe. Der Punkt Generalstreik ist jedoch doch auch, daß wir bei uns im Lande vorliegen. Wir sind es unsern russischen und französischen Genossen schuldig, daß wir der Frage näher treten. Mit den schweren Kämpfen gegen den Militarismus werden wir eben auf Frieden Wege unter Endziel erreichen.

Bebel: Liebknecht hat mit seiner Begründung keinen Antrag einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Der Antrag kam mir erst ziemlich harmlos vor. Ich wollte ihn schlucken. (Heiterkeit.) Von Liebknecht habe ich aber gehört, welchen gefährlichen Sinn er hat. Gerade herausgesagt: Gefährlich! Mag man es mir als Freiheit auslegen?

Ich sage, der Antrag würde sofort eine Aenderung des Strafgesetzbuches zur Folge haben, wofür ich die Verantwortung nicht übernehme. Hat denn Liebknecht gar keine Ahnung, daß er als Jurist vielleicht die Schlingen des § 112 vermeiden kann, daß sich aber die große Masse der Parteigenossen unvergänglich in diesen Schlingen fangen würde. (Vorläufige Zustimmung.) Ich bitte Sie, den ersten Absatz ganz abzulehnen und neu zu beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, in jedem Jahre vor der Aushebung zum Militär öffentliche Versammlungen abzuhalten, wo die jungen Leute ihre Rechte aufgeklärt werden, daß zu dieser Zeit hingewiesen werden.

Vorsteher: Liebknecht hat mit seiner Begründung keinen Antrag einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Der Antrag kam mir erst ziemlich harmlos vor. Ich wollte ihn schlucken. (Heiterkeit.) Von Liebknecht habe ich aber gehört, welchen gefährlichen Sinn er hat. Gerade herausgesagt: Gefährlich! Mag man es mir als Freiheit auslegen?

Ich sage, der Antrag würde sofort eine Aenderung des Strafgesetzbuches zur Folge haben, wofür ich die Verantwortung nicht übernehme. Hat denn Liebknecht gar keine Ahnung, daß er als Jurist vielleicht die Schlingen des § 112 vermeiden kann, daß sich aber die große Masse der Parteigenossen unvergänglich in diesen Schlingen fangen würde. (Vorläufige Zustimmung.) Ich bitte Sie, den ersten Absatz ganz abzulehnen und neu zu beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, in jedem Jahre vor der Aushebung zum Militär öffentliche Versammlungen abzuhalten, wo die jungen Leute ihre Rechte aufgeklärt werden, daß zu dieser Zeit hingewiesen werden.

den, von ihrem Geschäftsberecht den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. (Veb. Weißf.)

Der Parteitag beschließt nach Bebels Vorschlag; die Antragsteller hatten den ersten Vorschlag des Antrages zurückgezogen.

Die weiteren Vorschlagsvorschläge werden auf Freitag fällig verlegt.

Gesetzliche und praktische Vorschläge.

Die Steuerbehörde in Koblenz stehen in einer Bohnbewilligung. Sie sollten vorausichtlich die Abschaffung ihrer Forderungen abgeschafft würden, die Tage der Anwendung des Wissensklaus II. in Koblenz zu beauftragen, um die Arbeit einzustellen. Da erfasst der öffentliche Verbund der Betriebs- und Hilfsarbeiter sich in Koblenz. Der Arbeitsschreiber Edmann aus Köln predigte in seinen Lauten: Die in den christlichen Gewerken nicht geschafften Strafenbehörde dürfen nicht schärf vornehmen; gern habe mir sie sich von den Sozialdemokraten unterordnen. Das folgte der Mann, obwohl ihn und seine Freunde sehr vorher bei Streik in einem Anschluss am schwäbischen Werk als "freunde Aufsteiger" bezeichneten, und obwohl die Freiheit aller Angestellte sofort empfohlen wurde, nur deshalb, weil die Leute die Versammlung besucht haben. Das schaute vorher nicht nur "den Sozialdemokraten", sondern, wie man sieht, auch beim Unternehmen.

Verbandversammlung der Gewerbeberichter. Diese Versammlung, welche unter Hinzugabe der Kaufmannsgerichte am Montag und Dienstag in Würzburg stattfand, war von anrainernd 400 Teilnehmern besucht. Das Hauptkontingent stammte von den Vorständen der Gewerbe- und der Kaufmannsgerichte. — Nachdem der Vorsitzende des Verbandsgerichts Cuno Hagen und Maßoffessor Brüggen-Würzburg mit der Leitung der Versammlung betraut waren, widmet der Geschäftsführer des Verbands Stadtrat Fleisch Frankfurt a. M. dem verstorbenen Vorsitzenden des Verbands, Dr. Gähnner, Oberbürgermeister in Mainz einen vornehmen Nachruf. Sodann begrüßten die Vertreter der bayerischen Regierung, sowie der Stadt Würzburg die Versammlung, den Verhandlungen guten Folg wünschend. Aus dem Berichtsbericht ist zu entnehmen, daß dem Verband jetzt 230 Gewerbeberichter angehören, darunter die großstädtischen sämtlich. Es wird angeregt, daß der Verband, den Namen: Verband Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte annehmen möge, um auch den leichten Gerichten einen Einfluß auf die Tätigkeit des Verbands zu sichern. Die dadurch bedachten Änderungen der Satzungen sollen auf dem nächsten Verhandlungsstage vorgenommen werden. Der Antrag wurde trotz des Widerworts des Vorsitzenden des Altonaer Kaufmannsgerichts und der Vertreter des deutsch-nationalen Handlungsgesellschaften angenommen. — Der Vorsitzende des Münchener Gewerbeberichts Dr. Preuner hält sodann einen Vortrag über "Die Gesetzesgebung über den Arbeitsvertrag". Redner gibt in großen Zügen einen historischen

Rückblick auf die Entwicklung des Arbeitsvertrages und geht dann des näheren auf die jetzige Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag ein. Das Bürgerliche Gesetzbuch, die Gewerbeordnung, das Kinderschutzgesetz behandelte der Redner ausführlich. Wenn auch manche Wünsche nicht erfüllt seien, so würde doch das durch das öffentlich-rechtliche Verhältnis, welches durch die Gesetzgebung zwischen Unternehmer und Arbeiter geschaffen sei, der Boden gegeben für den Abschluß von Tarifverträgen, die den Arbeitern als eine der besten Sicherungen auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags bezeichnen. — Ueber "Die Untersuchung über den Arbeitsvertrag" spricht Rechtsanwalt Van der Chausseburg, Archivar des Verbaud. Die neuere Gesetzesgruppe auf dem Gebiete der Gewerbeberichter wurde gewidmet. Von Interesse war dabei, daß der Redner bei Besprechung der 4. Auflage des Schriftschriften "Arbeitsrecht" meinte, daß das Buch wegen seiner politischen Unmöglichkeiten bei den Juristen und Beobachtern trotz seiner auszeichneten Ausführungen keine Rücksichtnahme gefunden habe. Uppin ist hätte in einem ähnlichen Werk die Sache besser gemacht. — Cuno Hagen sprach dann über die neue Gesetzesgebung, von der er eine recht wenig befriedigt war. Zum 4. Punkt der Tagessordnung sprach Rat Bohrs Hamburg über die ersten Erfahrungen bei den Kaufmannsgerichten. Wie notwendig die Schaffung dieser Gerichte war, ergab sich aus der Zahl der angebrachten Klagen, die in Hamburg im ersten Halbjahr 468 betrug. Das Klageobjekt bewegte sich zwischen 100 bis 10000 Mt. Vergleichsweise wurden häufig abgeschlossen. Die Klagen erledigten sich meistens innerhalb einer bis zweier Wochen. Schwierigkeit bereitete die Frage der Stellvertretung des Klägers vor Gericht. Magistratssor. Glückmann in Berlin erkannte die Ausführungen des Vorsitzenden, daß der Rechtsanwalt vor den Kaufmannsgerichten der beste Ausweg in der Stellvertreterfrage sei. Dem trotzte Körster-Berlin schrift entgegen. Fleisch Frankfurt befürwortet das Weisheaven gegen die Rechtsanwälte.

"Erfahrungen mit der Verhältniswahl" lautete der nächste Punkt der Tagessordnung, dessen Behandlung ergab, daß über die Verhältniswahlen noch das letzte Wort nicht gesprochen sei. Eine trat für freie Wahlen ein, die andere für gebundene, die dritte für gekoppelte, dabei erklärt natürlich jeder die Ansicht seiner Gegner für total falsch. Starkle Dresden (Arbeitnehmer) erklärt, daß für die Arbeiter, solange die Verhältniswahlen nicht obligatorisch eingeführt seien, dieselben unanwendbar seien. Ueber "Tarifverträge" sprachen der Vorsitzende des Berliner Gerichts, von Schulz, und Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M. Ueber die volkswirtschaftlich notwendige Einführung dieser Verträge sind sich Referenten und alle Redner einig. Die Frage in der Diskussion dreht sich wesentlich um den Punkt, ob ein Tarifvertrag ein Rechtsverhältnis sei oder nicht. Sinzheimer glaubt, dies bejaht zu sollen, während Schulz

erst von der Gesetzgebung bemüht erhofft. Arbeitnehmervertreter Koch-Frankfurt führt aus, daß zum Abschluß von Tarifverträgen keine juristischen Erschütterungen und keine gesetzlichen Maßnahmen nötig seien, sondern als Grundlage und Voraussetzung sei nötig eine straffe betriebsseitige Organisation. Selbstverständlich habe ein vereinbarter Tarif auch die Nichtorganisierte Obrigkeit. In seinem Schlußwort erklärt sich Dr. Sinzheimer gegen diese Ausfüllung und entwickelt auf Grund seiner Ansicht, daß der Tarifabschluß ein Rechtsverhältnis sei, recht wunderliche Aussichten. So z. B. meint er, daß wenn ein sonst tarifreicher Arbeitgeber nur einem seiner Arbeiter einen höheren als den vereinbarten Lohn zahlt, er den Tarifvertrag verletzt habe. Die höhere Unzulänglichkeit, welche bei diesen Ausführungen an den Tischen der Arbeitnehmervertreter entstand, hat den Herrn Rechtsanwalt wohl an seinem Rechtsstandpunkt wenig leicht gemacht, ihn aber höchstens über die Meinung der Arbeiter nicht im Unklaren gelassen. — Unter den dann noch verhandelten kleinen Gegenständen ist erwähnenswert, eine Kontroverse zwischen dem Kleiner Vorsitzenden Stadtrat Dr. Thode und dem Arbeitgebervertreter Starkle Dresden über die Stellvertreterreise. Prozeßbevollmächtigten vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Es ist sehr bedauernlich, daß durch die Einführung der Kaufmanns-Gerichte die Frage der Stellvertreter vor Gericht wieder in ihrer ganzen Weite auftaucht wird. Hier handelt es sich immer wieder um die Rechtsanwälte. Werden aber erst beim Kaufmannsgericht Advokaten zugelassen, so wird's bei den Gewerbeberichterstattern auch nicht mehr lange dauern. Die Arbeitsschaft wird daher gut tun, wenn sie den Gewerbeberichterstattern guten Auf erhalten will, sich konsequent gegen die Zulassung der Rechtsanwälte vor diesen Gerichten zu erklären. — Zum Schlus gab Stadtrat Fleisch noch ein Resümee der Verhandlungen, worauf der Vorsitzende die Sitzung nachmittags 3 Uhr schloß.

Wochenschau und Zeitung.

Selbstmord? Der polnische Bankdirektor, frühere Abordnete Dr. Jan Garas, bekannt aus dem polnischen akademischen Geheimbundprozeß, der 1. St. aus dem Justizdienst entlassen wurde, wurde vom Pol.-Breslauer Februar überfahren und getötet. Allem Anschein nach liegt Selbstmord vor. Garas verlor neuerdings eine polnisch-maurische Bewegung ins Leben zu rufen.

Wurstvergiftung. Dem "Merkur" zufolge sind in Billstein bei Herrenberg infolge Genusses schlechter Wurst etwa 50 Personen teilweise schwer erkrankt, bei einigen treten Lähmungssymptome ein.

Folge eines Familiengewissens. Aus Erfurt wird berichtet: Im nahen Metzbach erschoss der Schwiegerohn des Schmiedemeisters Merken seine Frau Herauf erschoss er sich selbst. Das Ehepaar war erst seit kurzem verheiratet. Familiengewissen war die Ursache der Tat.

Meine Pfand-Auktion

findet am 16. und 17. Oktober bei Herrn Ahrens, Marlesgrube, statt.

L. S. Baruch, Pfandleiher:
Prolongation nur bis 10. Oktober.

Zigaretten à 5 n. 6 Pfg.
in vorzüglicher Qualität
empfiehlt

Hermann Kersten

Zigarrenengeschäft, ob. Hüxstr. 12.

N.B. Russ. u. Türk. Zigaretten.

Probieren Sie bitte meine

London Docks à 5 Pfg.

Sigillo No. 55 à 5 Pfg.

Borstenlanden Nr. 15 à 5 Pfg.

Felic Brasil Nr. 95 à 5 Pfg.

Senator No. 26 à 6 Pfg.

Gloria Bremenis Nr. 66 à 6 Pfg.

Vittoria Nr. 96 à 6 Pfg.

Monika Nr. 106 à 6 Pfg.

Felic Brasil Nr. 46 à 6 Pfg.

Megito Nr. 116 à 6 Pfg.

Borneo Schuh 3 St. 20 Pfg.

Reste

und ein großer Posten
seiner wollenen und halbwollenen Kleider
für halben Preis.

Neu eingetroffen:
Möbelstoffe, Samte, Parchende,
ff. Schürzenstoffe.

Eine größere Sendung hochfeiner Elsässer
Hemdentuch empfiehlt

H. Dobberstein

Hüxstraße 47.

Adolf Hübner, Uhren- u. Gold-
u. Reparaturwerkstatt, Günshausen 13.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten Verlobungs-Ringe an meine Arbeiter-Kund-
schaft verlasse.

G. Creutzfeld, Goldschmied, Sandstr. 19.

Möbel auf Kredit!

sowohl einzeln als auch ganze Haushalte und compl. Brautausstattungen nebst Herrenanzügen, Paletots, Juppen, Hosen, Damen-Jacketts, Kragen, Mäntel, Blusen, Röcke, Unterröcke, Kleiderstoffe, sowie sämtliche Manufakturwaren, Bett-, Leib- und Tischwäsche, Gardinen, Teppiche, Tisch-, Stepp- und Bettdecken, Portieren, Läuferstoffe, erhalten Sie, wenn Sie Ihr altes Konto beglichen haben, auch ohne Anzahlung mit Wochenraten von 1 Mark an bei

S. Sachs
Hüxstraße 41.
Aeltestes und größtes Möbel- und Waren-Kredit-Haus.

Deffentl. Versammlung der Frauen u. Mädchen am Montag den 25. September

abends 8½ Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstr. 50—52.
Tagesordnung:

1. Frauenarbeit und Frauenorganisation.

Referentin: Paula Thiede-Berlin.

2. Diskussion.

In anbetracht der traurigen Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen aller Berufe und der rechtlosen Stellung der Frau im wirtschaftlichen Leben ist das Erscheinen sämtlicher Frauen und Mädchen, sowie deren männlichen Angehörigen, zu dieser wichtigen Versammlung dringend erforderlich.

Der Einberufer.

Telegramm!

Bei der Deutschen Motorradf. Vereinigung ver-

anstaltenden

3000 Kilom. langen Tourenfahrt

wurde der I. Sieger, Herr Gustav Meyer, Hannov.

Cito-Motorrad

3 HP Magnet-Zündung.

Diese lange Strecke wurde ohne jeden Defekt

erreicht.

Vertreter:

H. Benthien, Motor- und Fahrrad-

haus.

Günter, Hakenburger Allee 53.

Billiges Volksgetränk!

Trinkt

H. Bülck's Misch-Kaffee!

Pfund 60, 80 und 100 Pfg.

in ½ und ¼ Pfund.

Die Mischungen enthalten keinerlei künstliche Farbstoffe, keine konzentrierten Bohnen (sog. vom Seewasser beschädigte) und sind frei von jedem Beschädigungs-

mittel.

H. Bülck

Wielstraß 54. Berne 149.

Umsonst ein Paar Sohlen u. Absätze

Bei Einkauf eines Paares Herren- oder Damenstiefelei von 9 Mk. an verabfolge einen Gutschein auf 1 Paar Sohlen und Absätze, gültig bis 1. Juli 1906. — Ausgabe des Gutscheins vom 22. September bis 8. Oktober.

Hugo Haendler, 95 Breitestraße 95.

Bezugquelle nur guter Sorten Matjes-, Kommerfang- und Hohmheringe, von fl. Nachholde bester Qualität, der beliebten Thüringer Salz- u. Saucerkuren, fl. Himbeer- u. Kirschsaft. Fabrik des überall beliebten noch alter bewährter Bunge'scher Methode hergestellten Essigs und Essigspirts, von Wein-, Himbeer-, Estragon-, Gewürz- und Honigzuckerungs-Saaten-Essig (außerland vorzügl. Einmache-Essig).
H. L. Wiegels vorm. J. C. Bunge
Essigfabrik gegen 1825.
Fischergasse 61. Berater 217.

Solotheum

Sonntag den 24. September:

Großes Konzert

(volkstümlich)

unter Leitung des
Herrn Kapellmeisters Rudolph Weys,
1. Kapellmeister am Stadthallentheater.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Einsegel

Jeden Sonntag:

Tanz-Musik.

F. Jenkel.

Kaffeehaus Moisling.

Jeden Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

A. Schreiber.

Wakenitz-Bellevue

Heute Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

H. Färber.

Petersen's Klubhaus

Hartengrube 25/27.

Sonntag den 24. September 1905:

Tanz-Kräntzchen.

Anfang 4 Uhr nachm.

Heute Sonntag:

Restaurant Recknagel

Familienkränzchen.

Steinraderbaum.

Am Sonntag den 1. Oktober:

T A N Z

wozu freundl. einlädt Willh. Behnke.

Louisendurst

Morgen Sonntag:

Große Tanz-Musik

W. Gloe.

Friedrich-Franz-Halle

Heute Sonntag:

Familien-Kräntzchen

Gustav Glöde.

Lübecker Hafenfähre.

Regelmäßige Fahrten nach

Schwartau.

Afahrt

Drehbrücke.

Preis 10 Pf.

Sonstags in kurzen Zwischenpausen.

Berantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johann Stelling. — Berantwortlicher Redakteur für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Hugo Haendler.

Große Geflügel-Ausstellung nebst Geflügelmarkt

des Vereins zur Förderung d. Geflügelzucht
vom Sonnabend den 23. bis Montag den 25. September
auf dem Spielplatz zwischen Isenstorfer Allee und Luisenstraße.

Geschäft Sonnabend und Montag von 9 Uhr bis Sonntag von 11 Uhr morgens an.

Eintritt: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf.

Central-Hallen.

Dankwartsgrube 20—22.

Jeden Sonntag:

Größer Tanz

in beiden Sälen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Gesellschaftshaus Möllershort.

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Freie Liedertafel.

Einladung zum

5. Stiftungs-Fest

am Sonntag den 24. Septbr.
in Hesse's Gesellschaftshaus, Johannisstr.

Anfang 6 Uhr.

Eintritt 50 Pf., eine Dame frei.

Der Vorstand

Brüder-Fadenburg.

Sonntag den 24. Septbr. 1905:

Konzert und Ball

Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Eintritt 10 Pf. Programm gratis.

Anfang des Balles 9 Uhr. Ende morgens

Ball-Abonnement 50 Pf.

Am Sonntag den 1. Okibr. 1905

feiert der

Radfahrer-Verein Kehrwieder
in Selmsdorf

sein

1. Stiftungs-Fest

bestehend in Korsosahrt, Saalfahren

und Ball.

Hierzu laden freundlich ein

Der Vorstand.

NB. Hierzu sind sämtliche auswärtige Kollegen eingeladen.

Einladung zum

BALL

der

Tabakarbeiter

unter gütiger Mitwirkung der Sänger der ehemaligen Liedertafel der Tabakarbeiter

am Sonntag den 24. Septbr.

im „Vereinshaus“

Johannisstraße 50—52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pf., einzelne Damen 20 Pf.

Das Komitee.

Tiergarten.

Arnimstraße 51.

Jeden Sonntag:

Unterhaltungsmusik

Ein Klavier steht den werten Gästen

zur gefälligen Benutzung zur Verfügung.

W. Grammerstorff.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etg.

Diese Woche ausgestellt:

Oberbayern

Jeden Tag von 11—10 Uhr geöffnet.